

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,20 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,20 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1893 unter Nr. 6709.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Beilagen-Anzeigen 20 Pf. Interate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Sprech-Anschluss
Juni 1. Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 11. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Bum Bergmannsstreik im Saarrevier.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen — die sogenannte Sozialreformpolitik der Regierung. Praktisch erkennbar wird sie am deutlichsten, wo die Regierung selbst als Arbeitgeberin mit den Arbeitern in Verbindung tritt, wo sie vorbildlich den Privatunternehmern sein sollte.

Die Regierung als Arbeitgeberin schwimmt vollständig in dem Strom der privatkapitalistischen Unternehmungen, ihre Stellung zu den Arbeitern scheint höchstens in Folge ihrer konzentrierten Macht mittel noch autoritativer. Jeder Versuch, mit den Arbeitern anders als von oben herab in Verbindung zu treten, fehlt. Der Schein einer Arbeitervertretung, wie er in den Arbeiter-Ausschüssen geschaffen, erleichtert nicht nur nicht die Verständigung zwischen den Staatsbehörden als Arbeitgeber und den Arbeitern, sondern erschwert sie. Die Arbeiter-Ausschüsse hätten nur dann einen Wert, wenn sie getreu die Anschauungen, Meinungen und Stimmungen der Arbeiter wieder spiegeln. Dann müßte man es aber in die freie Wahl der Arbeiter stellen, sich ohne Bevormundung ihre Vertretung zu schaffen. Es ließe sich denken, daß die Regierung Einschränkungen für nötig hielt, wenn den Ausschüssen besondere Nachbefugnisse beigelegt wären. Das ist aber nicht der Fall; die Ausschüsse können höchstens Wünsche und Meinungen der Arbeiter wiedergeben. Die unter Bevormundung und Einschränkung durch den Arbeitgeber ernannten Ausschüsse können aber auch diese Aufgabe nicht erfüllen. Sie können also höchstens dazu dienen, dem Arbeitgeber mißliebige Wünsche und Meinungen zu unterbreiten und ihm ein falsches Bild der wirklichen Arbeiterstimmung zu geben.

Bis zum Jahre 1889 war die Regierung gewöhnt, die Bergarbeiterverhältnisse als einen höchst idyllischen Zustand anzusehen und darzustellen. Um so überraschender war für sie und für das große Publikum die plötzlich zum Ausbruch kommende Bewegung. Welche Lehre haben die Bergbehörden aus derselben gezogen? Wir können ruhig sagen: Sie haben nichts gelernt. Die Strömung, welche sich nach den Ermahnungen des Kaisers an die Grubenbesitzer und Industriellen in umso größerer Feindseligkeit gegen die Arbeiter kund that, scheint auch die Behörden mit sich gerissen zu haben. Da darf es denn nicht Wunder nehmen, wenn der gegenwärtige Streik die Regierung überraschte, es sei denn, daß sie selber ihn herbeiführen wollte, was wir nicht annehmen möchten. Der Vort von der Saar giebt folgende sachgemäße Darstellung der Entstehung des Streiks. Er schreibt:

Nach dem 89er Streik hatte sich die Lage der Bergleute im allgemeinen zufrieden gestaltet. Das Geding bewegte sich

in einer Höhe, daß ein Mann mit Familie davon leben konnte; die Behandlung der Beamten war im allgemeinen eine bessere; wenn die Achtundsechzig nicht bewilligt wurde, so wäre diese nicht erfüllte Forderung doch nie der Grund zum Streik geworden. Wenn man auch noch erhoft war über die Ablegung der Streikführer, so war das nicht schlimm. Erbitterter wurden die Bergleute dann wieder, als bei der Umänderung des Knappschaftsstatuts ihre Wünsche in keiner Weise berücksichtigt wurden. Mittlerweile trat eine immer schlechter werdende Behandlung seitens der Beamten und eine anfangende Reduktion der Gedinglöhne ein. Neue Unzufriedenheit entstand durch die Umgestaltung des Berg-Gesetzes. Die geäußerten Wünsche der Bergleute verhallten betänlich, von ein paar leeren Reden der Dasbach, Hise u. f. w. abgesehen, völlig unbeachtet. Mit der Nichtbeachtung dieser Wünsche ging eine fortwährende Gedingreduktion Hand in Hand. Die Reduzierung der Gedinglöhne hatte die Folge, daß schlechtere Kohlen geliefert werden mußten, damit der Bergmann auf seinen Lohn kam. Um sich vor der Verschlechterung der Kohlen zu schützen, wurde nun die Förderung unreiner Kohlen auf's Schärfste gehandelt. Strafen, bald Geld, bald zeitweise Ablegung hielten nur so.

Jetzt kam die Arbeitsordnung, die in einer Anzahl von Bestimmungen einfach unannehmbar für die Bergleute ist. Als der Protest gegen die Arbeitsordnung lauter und lauter wurde, als das Wort „Streik in Aussicht“ schon gefallen war, reduzierte die Verwaltung die Schichtlöhne um 10—15 Prozent. Die Bergleute kamen im Geding nicht mehr auf den Schichtlohn, sie wollten also nicht mehr auf Geding arbeiten, da reduzierte man plötzlich noch die Schichtlöhne ganz bedeutend. Es war das für die Bergleute ein Schlag ins Gesicht. Die letzte Lohnung stieß sodann dem Fuß den Boden ein. Die Lohnung war jetzt im Winter gerade vor den Feiertagen unter allem Luder. Familienväter, die mit 4—7 Kindern gesegnet sind und in der ersten Hälfte des Monats 40 M. Abschlag erhalten hatten, wurden für den Monat ausgehöhlt mit 20 bis 40 Mark. Wir haben den Lohnzettel eines Bergmannes mit 9 Kindern gesehen, er erhielt ganze 18 Mark Lohnung. Die Arbeitsordnung allein wäre nicht im stande gewesen, die Leute zum Ausstande zu bringen, es ist systematisch von seiten der Verwaltung zum Streik gereizt worden. Die Behandlung der Leute war immer schlechter geworden. Ausdrücke wie „Schaf“, „Schafkopf“, „Faulenzler“ und ähnliche Kosenamen waren von seiten der Beamten nichts Seltenes. Eine ganze Anzahl Arbeiter, die nach 89 extra bezahlt wurden, wurden mit zum Geding gehörend gerechnet, trotzdem das Geding bedeutend reduziert war. Wir wollen nur ein Beispiel anführen:

Nach 89 brauchte der Bergmann das Ausbauen, Stellen von Stempeln zc. nur an der Arbeitsstelle vorzunehmen. Trat die Notwendigkeit ein, daß in der Strecke etwas derartiges gemacht werden mußte, so bekam der Mann das besonders bezahlt. Jetzt soll der Bergmann die Strecke 50 Meter weit in Ordnung halten, ohne daß er dafür extra bezahlt würde. Wer da weiß, wie oft durch den Druck Brüche und Einstürze vorkommen, der kann ersehen, welche Last man den Bergleuten dadurch aufgeschult hat. Dazu kommt noch die fortwährende Verhöhnung und Beschimpfung der Bergleute durch das offizielle Organ der Bergwerksdirektion, des „Bergmannsfreundes“. Das

Blatt scheint nur gegründet zu sein, um die Bergleute mit Fäßen zu treten. Ein königlicher Bergbeamter redigiert das im Schimpfen und Lügen ganz Erstaunliches leistende Blättchen, die jeden Tag von den einzelnen Gruben zur Direktion kommenden Bergboten expedieren dasselbe, d. h. sie nehmen es mit und verteilen es, die Steiger sammeln nicht nur Abonnenten, sondern ziehen auch das Abonnementgeld ein u. f. w. Daß dies Blatt die Lage der Bergleute stets als außerordentlich schön und gut schildert, ist nach Lage der Sache selbstverständlich. So schwafelt es jetzt von den Löhnen des Oktobers und behauptet, der Bergmann würde einen auskömmlichen Lohn verdienen. Daß die Löhne seit Oktober bedeutend reduziert wurden, und daß durch Einlegen von Feierschichten die Lage des Bergmannes noch bedeutend verschlechtert wurde, verschweigt es aber. Die Löhne, die die Bergleute zuletzt ausgezahlt bekamen, das sind trotz aller Schönfärberei Hungerlöhne, der Familienvater ist bei dem Lohn nicht im stande, sich und seine Familie ordentlich zu ernähren.

Der Streik droht weitere Ausdehnung zu gewinnen über ganz Westfalen. Die Bergarbeiter in den andern Grubendistrikten müssen es am besten wissen, wie gerechtfertigt die Beschwerden der ausländischen Arbeiter sind. Im übrigen thut die kapitalistische Heppresse das Ihrige, die gefamten Arbeiter ihre Solidarität erkennen zu lassen. Die rheinisch-westfälischen Kapitalistenblätter können nicht genug auf die Regierung mit der Mahnung eindringen, mit aller Energie gegen die Arbeiter vorzugehen; der Regierung wird ihre Schwäche und „Arbeiterfreundlichkeit“ zum Vorwurf gemacht, durch welche sie den Ausstand heraufbeschworen. Die Schwäche der Regierung hat allerdings den Ausstand verschuldet; aber diese Schwäche bestand darin, daß sie nachdem sie ihre „arbeiterfreundliche“ Sozialreform mit stolzer Worten angekündigt, es bei diesen Worten bewenden ließ und Schritt für Schritt vor dem Ansturm der Großindustriellen zurückwich. Das ganze Gebahren der letzteren ist gerade seit den kaiserlichen Erlassen darauf gerichtet, diese in ihrer vollen Ohnmacht erscheinen zu lassen. Mit unverholener Schadenfreude, die nur getrübt ist durch die sie selbst bedrohenden Ausstände, blicken sie auf den Streik in den fiskalischen Werken; sie erhoffen von der Niederlage der Arbeiter ein gegen diese gerichtetes Schreckensregiment, das den letzten Resten der kaiserlichen Arbeiterschutzbestimmungen vollends den Garaus macht. Was gewinnt die Regierung von der Niederlage der Arbeiter? Ihr Sieg gegenüber den Arbeitern ist gleichbedeutend mit ihrer vollständigen Abtaukung gegenüber allen Gelüsten der Industrieharone. „Und der König absolut, wenn er unseren Willen thut“, diese Kennzeichnung des Junkerstandpunktes paßt dann noch treffender auf das Schlotjunkerthum. Die hunderttausende Arbeiter sind aber für alle Zeit in die revolutionären Reihen getrieben; die tausende Arbeiter, die von den Grubenbesitzern in die Acht erklärt werden, sind ein lebendiges Mahnzeichen für die Arbeiter. Was es den

Feuilleton.

Wachdruck verboten.)

Haus Anzingen?

Soziale Studie von H. de Balzac.
Deutsch von Curt Baake.

Selbst in den elegantesten Pariser Restaurants sind die Scheidewände zwischen den Einzeltabellen bekanntlich sehr dünn. So wird bei Berg beispielsweise der größte Salon durch eine zusammenschiebbare Zwischenwand nach Bedarf in zwei Theile getrennt.

Dort war es nicht, wo die folgende Szene spielt, sondern irgend wo anders; wo, will ich nicht verrathen. Wir waren unser Zwei, und ich sage, wie jener bekannte Ehrenmann: „Ich möchte sie nicht gern kompromittiren.“

Wir ließen uns in dem gemütlichen, kleinen Salon,

*) Der so betitelte Roman des französischen Meisters der Charakterschilderung, Balzac, ist, wie dieser es nennt, eine „soziale Studie“, deren Werth es keinen Abbruch thut, daß sie schon ein halbes Jahrhundert alt ist. Die Bourgeoise unter Louis Philippe, dem „Bürgerkönig“, war schon richtige, ausgewachsene Bourgeoise und hat schon alle Charakterzüge der Bourgeoise von heute, nur daß weniger Anzeln vorhanden und die Gewissenshaftigkeit nicht so sichtbar und häßlich sind. Das klassische Bild der Börse, ihres Treibens und ihrer Praktiken, trifft genau auf die Gegenwart zu, so daß man meint, es sei gestern geschrieben, und kann unsern Lesern bei den bevorstehenden Debatten über die „Ausbreitungen“ der Börse als Leitfaden dienen; sie sehen da „wie's gemacht wird“. Und das dies alles heute noch so lebensfrisch und so wahr ist, das ist der glänzendste Beweis für die Kunst und das Genie Balzac's, des größten der modernen Charakterbildner — und des natürlichsten, welches — trotz fremder Abhammung — gute deutsche Wort ja nicht mit „naturalistisch“, seinem vuren Gegentheil, verwechselt werden darf.

in dem wir saßen, ein tadelloses, vortreffliches Diner munden. Da wir wußten, wie dünn die Scheidewand war, so plauderten wir mit leiser Stimme.

Bis zum Braten waren wir gekommen, und das Nebenzimmer, in dem nur das Feuer knisterte, war leer geblieben. Da schlug es acht, laute Fußtritte wurden hörbar, Worte wurden geredet, und die Kellner brachten Kerzen.

Es war klar, das benachbarte Zimmer wurde besetzt. Ich erkannte die Sprechenden an ihrer Stimme und wußte, wen wir neben uns hatten.

Es waren vier der vermögenden Strandvögel, die je in dem Schaum, den der Wogenschlag unserer Zeit unaufhörlich an die Ufer wirft, ausgeköchelt waren: liebenswürdige Menschen, aber problematische Existenzen; sie lebten gut, doch man wußte nicht, wovon.

Sie bildeten ein Fähnlein jener geistreichen Condottieri der modernen, zum blutigsten Kriegshandwerk gewordenen Industrie, welche den Gläubigern die Sorgen und sich dem Vergnügen überlassen, und deren einziger Nummer ihre Toilette ist. Tapfere Burche übrigens, die wie Jean Bart ihre Zigarre auf einem Pulverschiff rauchen würden, sei es auch nur, um in der Rolle zu bleiben. Spottfächtiger als die politischen Wigblätter, so spottfächtiger, daß sie sich selber nicht verschonen; scharfsichtig, ungläubig, mit feinstem Spürsinn für Geschäfte begabt, habgierig, verschwenderisch, neidisch aber sehr selbstzufrieden; große Lebenskünstler, reich an glücklichen Einfällen, mit auflösendem, alles errathendem Verstande ausgestattet; und doch noch ohne festen Halt in der Welt, in der sie eine Rolle spielen wollten.

Nur ein Einziger der Vier war emporgekommen, freilich auch nur bis an den Fuß der Leiter. Geld allein genügt nicht ganz; ein Emporkömmling merkt meistens erst, was ihm noch alles fehlt, wenn er ein halbes Jahr lang nur Schmeichelhaftes zu hören bekommen. Undoch Finot hieß der Parvenu. Es war ein kalter, wortlanger, steifer, geistloser Mensch, der sich nicht geschämt hatte, vor allen,

die ihm nützen konnten, auf dem Bauche zu kriechen, und der nun so schlau war, sich gegen alle, die er nicht mehr nötig hatte, unverschämt zu benehmen. Er glich einer jener grotesken Balletfiguren aus dem „Gustave“, die Herr von hinten und Knecht von vorn sind.

Die Schleppe dieses Industriebarons trug ein geistreicher, unsteter Mensch, der Redakteur Alfred Blondet. Er war glänzend begabt aber faul, wußte, daß er ausgebeutet wurde und ließ es doch geschehen, war zuverlässig und perfid, wie es ihm gerade einfiel, kurz, er gehörte zu jenen Leuten, die man gern hat, aber nicht achtet.

Der Dritte war ein Spekulant und hieß Couture. Er steckte beständig in Geschäften drin und deckte mit dem Gewinn aus dem einen den Verlust aus dem andern. So erhielt ihn die zuckende Kraft seines Spiels, hielten seine kühnen, raschen Bewegungen ihn allein an der Oberfläche. Er schwamm hierhin und dorthin und suchte in dem unendlichen Meer der Pariser Geldwelt nach einem halbwegs sicheren Eiland, wo er landen konnte. Augenscheinlich hatte er die richtige Stelle noch nicht gefunden.

Was den Vierten, den hervorragendsten unter den Vier, betrifft, so wird schon sein Name genügen, um ihn zu schildern: Vixiou!*) Aber ach! es war nicht mehr der Vixiou von 1825, sondern der von 1836, nicht mehr bloß der schnurrige Menschenhaffer, der bissige Humorist, als den man ihn kannte, sondern ein Teufel, der während vor Bohn darüber ist, so viel Geist und Witz vergeblich verschwendet und bei der letzten Revolution auch nicht das ärmlichste Strandgut aufgeschicht zu haben. So versetzte er jetzt, wie ein seiltanzender Harlekin jedem einen Fußtritt, der ihm nahe kam; er kannte seine Zeit bis in ihre geheimsten Falten, und vermochte alle ihre Skandalgeschichten an den Fingern herzuzählen. Wie ein Clown sprang er

*) Vixiou spielt in zahlreichen Romanen der „menschlichen Komödie“ Balzac's eine Rolle. D. Uebers.

Schreckensmaßregeln, welche von der Bourgeois-Preſſe gefordert werden, auch gelingen, die entflammte Gluth von der Oberfläche verſchwenden zu laſſen, unter derſelben glüht ſie um ſo ſtärker, und bricht bei der erſten günſtigen Gelegenheit wieder hervor. Ein ſolcher Ausbruch dürfte aber der heute frohlockenden und bebenden Kapitaliſtenmeute die Schadenfreude wohl vertreiben. Wir wollen ſehen, ob die Regierung ſtark und einſichtsvoll genug ſein wird, ſich der vollſtändigen Umgarnung durch das kapitaliſtiſche Progenthum zu entziehen. —

Politische Ueberſicht.

Berlin, den 10. Januar.

Die erſte Sitzung des Reichſtags nach den Ferien zeigte die gewohnte Phyſiognomie. An den Bundesrathsiſchen eine paar verdorrte Geſichter und die Bänke der Abgeordneten ſo und leer. Auf der Tagesordnung ſtand der erſte der drei Steuer-Gefehtwürfe, aus deren Ertrag die Koſten der neuen Heeresreform beſtritten werden ſollen, die Verdoppelung der Brauſalzſteuer. Die Abſicht, daß das Bier „mehr bluten“ müſſe, beſteht bei den verbündeten Regierungen ſchon ſehr lange, und ſo oft deſhalb bisher mehr Geld im Reich gebräut wurde, erſchien die Erhöhung der Bierſteuer auf der Tagesordnung. Biſher aber ſind dieſe Abſichten auf das Bier — ſtets zu Waſſer geworden.

Auch jetzt richtete ſich gegen die Erhöhung der Bierſteuer der intenſivſte Widerſtand, ſoweit von einem ſolchen in bezug auf die neuen Steuerprojekte überhaupt geſprochen werden kann. So hat auch heute keiner der Redner im Reichſtage ſich ſchlankweg mit der Regierungsvorlage einverſtanden erklärt, die ſelbſt der freikonservative Geheimrath Camp als oberflächlich vorbereitet behandelt. Daß außerdem die Vertreter der Schultheiſſen und Wapenhöfer Brauerei, die Herren Roſſe und Goldſchmidt, kein gutes Haar an der Vorlage ließen, iſt zu ſelbſtverſtändlich, als daß es noch beſonders hervorgehoben zu werden verbiente. Der Reichs-Schaffsekretär der Finanzen von Walsahn hat den Vorkug, daß von ſeinen Ausführungen niemand Nothiz zu nehmen braucht, da man das, was er zu ſagen weiß, viel bequemer in den offiziöſen Preſſorganen leſen kann. Er hatte ſich ſeinen bayeriſchen Kollegen v. Nibel als Sukkurs verſchrieben. Wir glauben aber nicht die einzigen geweſen zu ſein, welche nach der Rede des Herrn von Nibel die Empfindung hatten, genau ſo klug zu ſein, wie vorher. Herr von Nibel iſt ſeit des Herrn von Dux Tod das geiſtige Haupt der bayeriſchen Regierung, und als Finanzminiſter unterſteht ihm außerdem noch die Regie des Münchener Hofbrauhaus. Ueber die letztere wollen wir hier kein Urtheil abgeben, aber das Hofbrauhaus-Bier, das unter der Verwaltung des Herrn von Nibel gebraut wird, iſt vortreflich. Dieß Zeugniß können wir mit gutem Gewiſſen aus eigener Erfahrung abgeben. Möge deſhalb Herr von Nibel ſeinen Ehrgeiz darauf beſchränken, das bayeriſche Nationalgetränk in exprobrter Güte auch fernerm hin herſtellen zu laſſen; der Vorbeer iſt ihm auf dieſem Gebiete eben ſo ſicher, als er heute am Bundesrathsiſchen zweifellos Praſto gemacht hat. Der Reichſtag iſt eben keine Verſammlung ultramontaner Bauern, wie ſie im bayeriſchen Landtage dominieren und mit denen Herr von Nibel umzugehen allerdings von ſeinem Vehmſteier Dux gelernt hat.

Die Verhandlung konnte heute nicht zum Abſchluß gebracht werden; morgen wird dieſelbe fortgeſetzt. Die Entſcheidung über die Steuervorlagen wird aber nicht im Plenum gefaßt, ſondern in der Kommiſſion über die Militärvorlage. Kommt über dieſe ein Kompromiß zu ſtande, dann müſſen auch die dazu nothwendigen Gelder bewilligt werden. Ob dieſe aber dem Bier, Tabak oder ſonſt einem Luxusartikel der großen Maſſe aufgehaſt werden, bleibt ſich im Effekt gleich. Sicher iſt nur, daß die oberen Rehtauſend „patriotiſch bewilligen“, und daß der große Haufen zahlt. —

Die Herrſchaft des Progenthums in der Volkvertretung ſollte durch eine Herabſetzung des Wahlrechts zum preußiſchen Abgeordnetenhanſe eine Beſchränkung er-

fahren. Wie dieſe durch die Regierungsvorlage erzielt wird, erſieht man aus ihrer Begründung. Dort wird an einigen Wahlbezirken gezeigt, in welcher Weiſe ſich die Maſſen-Eintheilung nach der Vorlage ändert. Unter den alſ Beispiel angeführten Wahlkreiſen wird auch Berlin II genannt. Nach dem jetzigen Rechtszuſtand entfallen von 100 Wählern 159 auf die erſte, 713 auf die zweite, 9128 auf die dritte Wählerklaſſe. Nach der Vorlage würden 231 auf die erſte, 1135 auf die zweite, 8634 auf die dritte Wählerklaſſe fallen. Bei dem neuen wie bei dem alten Wahlrecht iſt die große Maſſe des Volkes der ſelbſtändigen Geltendmachung ſeiner Rechte beraubt. Es bleibt der alte unwürdige Zuſtand beſtehen; die ſogenannte „Volkſvertretung“ behält ihren Charakter als Vertretung des Progenthums. —

Die Beſtimmungen des Wahlgeſetz-Entwurfſ treffen auch die Wahlen zur Gemeindevertretung. —

Der Geſentwurf über das Auswanderungsweſen trägt ſo deutlich die Abſicht der Beſchränkung der Auswanderungsfreiheit an ſich, daß nur offiziöſe Sophiſtik es beſtreiten kann. Zu den Verpflichtungen der Anzeige, den beſchriebenen Beſcheinigungen u. ſ. w., welche der Entwurf enthält, bemerkt die „Norddeutſche Allgemeine Zeitung“:

„Derartige Verpflichtungen zur Anzeige beſtehen aber auch ſonſt im bürgerlichen Leben beſpielweiſe für denjenigen, der ſich verheirathen will. Iſt es denn eine Beſchränkung der Verheirathungsfreiheit, daß der Heirathslukige nicht ſofort ſeine Abſicht vor dem Standesbeamten ausführen kann, ſondern erſt den Ablauf der vorgedachten Aufgebotsfriſt abwarten muß?“

Die Beſtimmungen im Auswanderungs-Gefehtwurf ſind durchaus nicht ſo harmlos, wie ſie das offiziöſe Blatt hinſtellt. Sie machen in den meiſten Fällen den ländlichen Arbeiter, zumal der Oſtprovinzen, das Auswandern geradezu unmöglich, und ſind darauf eingerichtet, ihn nach dem Bunſche der agrariſchen Junker „an die Scholle zu binden“. —

Die Militärvorlage muß voll und ganz bewilligt werden, ſonſt iſt alles, was bewilligt wird, nichts werth, fährt die „Deutſche Rundſchau“ aus. Bei allen anderen Reſſorts können Mehrforderungen abgelehnt werden; wird dann nicht das Beſte geleitet, ſo kann mit geringeren Ausgaben immer noch etwas gutes geleitet werden. Bei Militärvorderungen ſei es aber etwas anderes; der vornehmſte Zweck derſelben, iſt der Sieg im nächſten Kriege; wenn dieſer Zweck nicht erreicht wird, ſo iſt alles das, was für militäriſche Zwecke verausgabt wurde, vergeblich vergeudet“. Nach dieſer Schlußfolgerung wäre jedoch auch die volle Bewilligung der Militärvorlage eine „vergebliche Vergeudung“, da auch ſie noch keine Bürgſchaft für den Sieg giebt. —

Die Pflege der „Schneidigkeit“, welche in den Studentenverbindungen den letzten Reſt unabhängigen Sinnes und freier geiſtiger Entwicklung vernichtet, wirft ſelbſtverſtändlich ihren Reſter auf die Schüler der höheren Schulen. Früh krümmt ſich, was ein Häſchen werden ſoll. Und ſo ſchiebt das Kouleur-Unweſen und die Kouleur-Kneierei ſchon in den Schulklaffen üppig ins Kraut, ſo daß ſich bereits der Kultusminiſter Dr. Boſſe veranlaßt ſieht, ſcharfe Maßnahmen gegen die Schülerverbindungen anzuordnen. In einem Geſaß an die Provinzial-Schulkollegien ſagt er:

„Aus mehreren in neuerer Zeit zu meiner Kenntniß gebrachten Fällen der Theilnahme von Schülern höherer Lehranſtalten an verbotenen Verbindungen hat ſich mit Gewißheit ergeben, daß die Nidelführer bei dieſem Unweſen bemüht ſind, nicht allein in einzelnen Provinzen möglichenweiſe viele Schülerverbindungen ins Leben zu rufen, ſondern dieſe auch untereinander in enge Beziehung zu ſetzen und von Zeit zu Zeit zu gemeinſamen Feſten, ſogen. Kouleur-Verbandtagen, zu vereinigen.“

Wie kann man ſich wundern, daß die Schüler vorausnehmen, was dem Studenten den beſonderen Nimbus verleiht. Wahrſcheinlich werden ſich die Schüler ſo wenig nach den miniſteriellen Verboten richten, wie die Studentenkorps nach dem geſchlichen Duellverbot. Beſtehen doch unter den Augen der Behörden Verbindungen, welche ihren Mitgliedern die Verletzung des Geſetzes zur ausdrücklichen Verbindung machen. —

Der Streik der Bergarbeiter, der eine weitere Ausdehnung zu nehmen droht, übt bereits ſeinen Einfluß auf den Kohlenmarkt. Die ausgeſprengte Nachricht von ungeheuren Kohlenvorräthen ſcheint von der kapitaliſtiſchen Preſſe nur mit der Tendenz ausgeſprengt zu ſein, die Streitenden einzuschüchtern und den Streik als ausſichtslos darzuſtellen. Jetzt ſieht ſich die „Kölniſche Zeitung“ ſelbſt zu folgender Mittheilung genöthigt:

Infolge des Zuſtandes hat bei ſtärkerer Nachfrage nach Kohlen und Kokes ſich die überrachende Thatsache gezeigt, daß in den Händen der Verbraucher weniger bedeutende Vorräthe ſind, als man vermuthen ſollte. Nicht allein die Eiſenwerke und Fabriken, auch die einzelnen Gaſanſtalten richten an die Ruhrgegend das dringende Erſuchen, um ſofortige Kohlenlieferung. Die Zechentreiſe ſind ungehalten über die Kohlenverkäufer, welche die Gruben durch Zurückhaltung von Beſtellungen im Sommer aushungern laſſen wollten, wodurch die Kohlenpreiſe ohne Noth gedrückt und die Zechen zur Einlegung von Feiertſichten genöthigt wurden, die eine Verminderung des Einkommens der Bergleute zur Folge hatte.

Ergötzlich iſt die Beſchuldigung der Kohlenverkäufer, daß ſie ſich nicht von den Grubenbeſitzern über das Ohr haufen laſſen wollten. In dem Kerger hierüber entſchließt das Zugeſtändniß, daß man, um die Kohlenpreiſe hoch zu halten, die Bergleute Feiertſichten machen ließ und ſo ihr Einkommen verminderte. Man ſieht hieraus, wie ſehr die Beſchwerden der Bergleute begründet ſind. —

Der Bergmannſtreik hat im Ruhrbezirk größere Ausdehnung gewonnen, und hat auch in Ober-Schleſien bereits ſeinen Anfang genommen. —

König Stumm hat auf die Einladung zu einer Konferenz, welche von Seiten der Bergwerksdirektion an die Handelskammer zu S a a r b r ü c k e n ergangen iſt, lehtere zu folgender Erklärung veranlaßt:

„Die Handelskammer bedauert, daß an ſie gerichtete Einladung der Vorſtändigen der königlichen Bergwerksdirektion vom 20. Dezember v. J. nicht haben Folge leiſten zu können, weil die Kürze des geſtellten Termins eine Einberufung der Kammer ſchloß.“

Sie erklärt aber nachträglich, daß Handel und Gewerbe ihres Bezirks bereit ſind, die aus einem energiſchen Vorgehen der Bergbehörde gegenüber dem eingetretenen Bergmannſtreik ſich ergebenden Konſequenzen und den damit verbundenen Kohlenmangel willig zu tragen, falls die königliche Bergverwaltung mit dem biſherigen System, ihre Autorität durch den unter ſozialdemokratiſcher Führung ſtehenden ſogenannten Rechtsſchutzverein untergraben zu laſſen, bricht und die Wiederannahme der kontraktbrüchigen Bergleute von dem Austritt aus dieſem Verein abhängig macht. Andernfalls würde Handel und Gewerbe die Opfer vergeblich getragen haben, da ſich dann der Streik bei erſter Gelegenheit mit Nothwendigkeit wiederholen müßte.“

König Stumm, der Staatsbehörde ſeine Gebote dikirend, daß iſt der Gipfel der „Sozialreform“, welcher nur noch die vollſtändige und offene Unterwürfigkeitserklärung der Regierung fehlt. —

Entgründungen. Mit der Uebernahme des Gruſonwerks in Budau-Magdeburg durch Krupp ſcheint eine neue Aera der wirthſchaftlich-kapitaliſtiſchen Methode angebrochen zu ſein, die Aera der Entgründung von großen, auf Aſſoziation bedeutender Kapitalien beruhenden Unternehmungen durch ein Einzelkapital. Man meldet jetzt, daß auch eine andere große Aktiengeliſchaft, die Ber. Königs- und Laurahütte in Oberſchleſien, durch einen Privatmann, den Herzog von Ujeſt, entgründet werden ſolle. Biſher ließen Privatleute ihre Unternehmungen durch Kapitalaſſoziationen, genannt Aktiengeliſchaften, gründen. Jetzt laſſen ſich die mächtigſten Aktiengeliſchaften durch noch kapitalkräftigere Einzelperſonen zurückgründen. Es liegt darin das Zugeſtändniß, daß die unſinnige Wirthſchaftsmethode unfere Unternehmerrthumsdahn geführt hat, daß nunmehr nur noch die allergrößten Finanzpotenzen in dem mörderiſchen Konkurrenzlampfe Aller gegen Alle ſiegreich beſtehen können. Die Laurahütte arbeitet mit einem Aktienkapital von 27 Millionen Mark, das Gruſonwerk mit einem ſolchen von 12 Millionen Mark. Doch war letzteres Werk, weil Kriegsmaterial produzierend, ſtets von der Ungunſt der Konjunktur unberührt geblieben, ſo daß Krupp auf die 12 Millionen Mark ein Aufgeld von 7 Millionen zahlen mußte. Man hat es ſomit ſowohl bei der Laurahütte wie bei dem Gruſonwerk mit zwei der aller-

jedem auf die Schulter und ſuchte ihm einen Denker gleich ſein Malzeichen einzubrennen.

Unſere Nachbarn hatten ſich an den Hauptgängen des Diners gültig gethan und kamen zum Deſſert, bei dem wir noch waren; wir verhielten uns ganz ſtill, und ſie dachten, ſie wären allein.

Nun entſpann ſich, während die Zigarren dampften, der Champagner in den Gläſern perkte und ſie vom Deſſert naſchten, eine vertrauliche Unterhaltung unter ihnen.

Es war ein Geſpräch, das den Stempel jenes eiſigen Biſes trug, der die ſchwellendſten Gefühle erſtarren läßt, die hochherzigſten Entſchlüſſe hemmt und dem Lachen etwas Spißes giebt, ein Geſpräch, deſſen bittere Ironie nicht Fröhlichkeit, ſondern höhnliches Grinsen erzeugt, und das die innere Hohlheit der nur auf ſich geſtellten, nur die Befriedigung ihres Egoismus kennenden Seele verräth; auch eine Frucht unſerer friedlichen Zeit.

Jene Schmähschrift auf die Menſchheit, welche Tiberot nicht zu verſchönen wagte, „Nameau's Reſſe“, ein Buch, das nur zu dem Zwecke geſchrieben iſt, Wunden aufzudecken, läßt ſich allein mit dem Pamphlet vergleichen, das hier ohne Rückhalt geſprochen wurde. Vor nichts ſchredete hier das Wort zurück; Fragen über welche die Denker nach ſiritten galten ihm als gelöſt, mit Bruchſtein wurde gebaut und alles geſiegnet, alles, nur eines nicht, die Allmacht, Allwiſſenheit und Allgegenwart des Geldes. Vor ihm verſtummete der Skeptizismus.

Zuerſt wurde der weitere Bekanntheit durchgehelt, dann kamen die näheren Freunde an die Reihe. Es war ein blutiges Gemehel.

Ich winkte meiner Freundin; ſie verſtand: wir wollten bleiben. Gerade nahm Dixion das Wort.

Wir hörten nun eine ſeiner ſuchtbaren Improviſationen mit an, auf welche der große Künſtler ſtolzer war, als auf die Achtung, die ſie ihm bei ein paar Kindsköpfen koſteten.

Oft wurde er unterbrochen, aber immer ſing er wieder an, und ſeine Worte prägten ſich meinem Gedächtniß ſo feſt ein, daß ich ſie wieder zu geben vermag, als hätte ich ſie nachſtenographirt. Die Meinungen, welche da laut

wurden, und die getrene Form, in der ich ſie hier niederlege, paſſen in den gewöhnlichen literariſchen Rahmen nicht hinein. Aber gleichviel: dieſer wilde Schwall unheimlicher Dinge, den ich vernahm, ſpiegelt unſere Zeit mit erbarmungsloſer Treue wieder. Nur ſolche Geſchichten ſollte man ihr erzählen. Uebrigens lehne ich jede eigene Verantwortung ab; ſie fällt auf den Hauptſprecher zurück, der ſeine Worte mit Pantomimen und Geſten wohl ſo ausgezeichnet ergänzte, der die Leute, deren Unterhaltung er wiedergab, in ihrer Stimme ſo genau nachahmte, daß ſeine drei Zuhörer mit Beiſaß und Ausrufen der Bewunderung nicht laſzten.

„Raſtignac hat Dich alſo abgewieſen?“ ſagte Blondet zu Finot.

„Glat abgewieſen.“

„Daß Du ihm denn nicht mit den Zeitungen gedroht?“ fragte Dixion.

„Er lachte mich aus,“ erwiderte Finot.

„Raſtignac iſt wirklich der direkte Erbe deſſelben de Marſan,“ meinte Blondet. „Er wird wie er in der Politik und der großen Welt ſein Glück machen.“

„Aber wie iſt er denn zu ſeinem Vermögen gekommen?“ fragte Couture. „Im Jahre 1819 hauste er mit unſerem berühmten Doktor Dianhon in einem erbärmlichen Koſthaus des Quartier latin.“ Seine Familie aß gebratene Maiskörner und trank Kräger dazu, damit ſie ihm nur monatlich 100 Frankſ ſchiden konnte; das Bachtgut ſeines Vaters war keine tauſend Thaler werth; er hatte zwei Schwiſtern und einen Bruder auf dem Halſe, und jetzt . . .“

„Jetzt hat er vierzigtauſend Frankſ Rente jährlich,“ unterbrach ihn Finot. „Beide Schwiſtern hat er reich ausgestattet und an Barone verheirathet und der Mutter den Nießbrauch ſeines Gutes überlaſſen.“

„1827 beſaß er noch keinen rothen Heller,“ warf Blondet ein. „Das weiß ich aus eigener Erfahrung.“

„Ja, 1827!“ meinte Dixion.

„Wohlan,“ rief Finot, „heute ſehen wir ihn auf dem Wege, Miniſter, Pair von Frankreich und was er ſonſt noch will, zu werden. Von Delphine Ruzingen hat er ſich

*) Studentenviertel von Paris.

ſeit drei Jahren in voller Eintracht getrennt, will er jetzt heirathen, ſo wird er in der Wahl ſeiner Schwiegereltern vorſichtig ſein und eine Tochter aus alter Familie heimführen. . . . Ja, ja, der Kerl war eben klug und hat ſich an ein reiches Weib gemacht.“

„Haltet ihm mildernde Umstände zu Gute, Freunde,“ ſprach Blondet. „In die Hände eines geſchickten Mannes iſt er gerathen und ſo den Klauen des Glucks entronnen.“

„Du beurtheiſt Ruzingen richtig,“ ſagte Dixion. „Delphine und Raſtignac fanden ihreſeits ſofort, daß er auch ein guter Menſch“ ſei. Seine Frau ſchien ſir ihn eben nur ein Schmuckstück, ein Ornament in ſeinem Hauſe zu bedeuten.“

Er iſt wirklich ein Kerl aus einem Guffe: hört nur: Ruzingen genirt ſich nicht, öffentlich zu erklären, ſeine Frau ſei die Repräſentantin ſeines Vermögens, ſei zwar ein unentbehrliches Ding, komme aber in dem bewegten Leben eines Politikers und Finanzmannes wie er doch erſt in zweiter Linie in Betracht. In meiner Gegenwart ſagte er, Bonaparte ſei in ſeinen Beziehungen zu Joſephinen zuerſt ſo dumm wie ein Spießbürger geweſen: nachdem er den Muth gehabt, ſie als Fußſchemel zu benutzen, hätte er ſich lächerlich gemacht, als er ſie zu ſeiner Lebensgefährtin erheben wollte.“

„Jeder hervorragende Menſch muß über das Weib wie die Orientalen denken,“ warf Blondet ein.

Der Baron Ruzingen hat orientaliſche und occidentaliſche Anſichten zu einer nielblichen Pariſer Doktrin verſchmolzen. Der Vorgänger Raſtignac's in der Gunſt bei ſeiner Frau, de Marſan, war ihm unangenehm: er ließ ſich nicht lenken. Aber Raſtignac entſprach ſeinen Wünſchen, und er deutete ihn aus, ohne daß jener etwas davon merkte. Der Liebhaber mußte ihm die ganze Würde der Ehe abnehmen. Raſtignac hatte alle Launen Delphinen's zu erfüllen, ſie ins Waldchen von Boulogne und ins Theater zu begleiten. Dieſe kleine politiſche Größe der Gegenwart hat Jahre ihres Lebens damit zugebracht, duſtige Willets zu leſen und zu ſchreiben. In der erſten Zeit behandelte ſie ihn bei der geringſten Gelegenheit wie einen Schuljungen.

ersten Kapitalvereinigung in Deutschland zu thun. Wenn trotzdem beide Unternehmungen sich an einen noch mächtigeren Privatmann verkaufen lassen — Krupp und der Herzog v. Ujest gehören zu den reichsten fünf Personen im Reich —, so ist damit der Beweis geliefert, daß die Kapitalanfertigung so rapide Fortschritte gemacht hat, daß nur noch eine Handvoll der kapitalstärksten Leute in dem Kampf ums Dasein gefestigt dasteht.

Die Etappe der Entgründung der Gründungen durch das Einzelkapital bedeutet somit einen Schritt vorwärts auf der abschüssigen Bahn, die der Kapitalismus wandelt.

Die „Vossische Zeitung“ erhebt bereits ein Klagegeschrei über die „Uebertreibung der Kapitalvereinigung“, indem sie von anderen ähnlichen Versuchen, die in Aussicht stehen (die Vereinigung der Schwarzkopffschen Fabrik mit dem Bochumer Gußstahlwerk und der Elbinger Fabrik von Schichau) berichtet. Diese Kapitalvereinigungen führen zu einer solchen Uebermacht eines Betriebes, daß die Entstehung neuer Betriebe ausgeschlossen ist. Es steht zu befürchten, daß die schadenfrohen Betrachtungen der Sozialdemokratie über die natürliche Neigung des Kapitalismus zum Monopol und zur Vergewaltigung der Preise, aus der die Hinsichtlichkeit des heutigen Wirtschaftssystems gefolgert wird, auch außerhalb der Sozialdemokratie unerfreulich an Boden gewinnen.

Wie die „Vossische Zeitung“ die „Uebertreibung der Kapitalvereinigung“ aber hindern will, sagt sie nicht. Ihr frommer Wunsch bewegt keinen Strohhalm. Und anderes als einen frommen Wunsch kann sie nicht haben, denn wo bliebe sonst die „freie Konkurrenz“?

Frankreich. Der heutige Tag — 10. Januar — hat zwar keine Revolution und auch keinen Straßenkampf gebracht, aber den Sturz des Ministeriums. Daß das Ministerium Ribot wackelig sei, das mußte man, aber daß es noch vor Zusammentritt der Kammer, die ihm neulich ein so massiges Vertrauensvotum ausstellte — die Quantität mußte die Qualität ersetzen — erteilte, seine Entlassung zu nehmen gegungen sein würde, das hatte wohl niemand erwartet. So viel sich aus den Telegrammen ersieht, hat der Umstand, daß Freycinet, der Kriegsminister, nun sehr ernstlich der Durchsicht der Cornélius Herz, dem Hauptorgan der Panama-Schwindels, beschuldigt wird, den Anstoß zu der plötzlichen Ministerkrise gegeben. Heute Morgen reichten sämtliche Minister ihre Entlassung ein, und Ribot, der bisherige Ministerpräsident, wurde vom Präsidenten beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden, oder vielmehr das alte, nach Entfernung einiger kompromittierter Mitglieder und Ersetzung derselben durch einige Nichtkompromittierte zu „rekonstruieren“, wie man das nennt, d. h. wieder zusammenzufügen. Ob es so leicht sein wird, nicht kompromittierte Parlamentarier zu finden? Französische Minister müssen bekanntlich Mitglieder der Kammer sein.

Die Gerichtsverhandlungen des Panama-Prozesses, die am 25. November infolge der Enthüllungen verlagert werden mußten, sind heute wieder aufgenommen worden. Ob die jüngst verhafteten Direktoren und Kammermitglieder — darunter der nun doch eingesperrte ehemalige Arbeitsminister Baihaut, jetzt schon mit abgeurteilt werden, darüber geben die vorliegenden Nachrichten keine Klarheit.

Die französische Rente kommt ins Weichen. Der französische Kleinbürger merkt nachgerade doch, daß die Sicherheit der Staatsfonds nicht so gefestigt ist, wie man es ihm vorgegaukelt hat, da die Korruption sich bis in die Spigen der Regierungskreise festgesetzt hat. Seit der Panama-Skandal losging, ist die Prozente der französischen Rente von 100 pCt. auf 94 pCt. gewichen und wahrscheinlich wird sie den Rückzug noch eine Weile fortsetzen.

Ist es doch jetzt offenkundig, daß der Vertrauensmann der haute finance, der ehemalige Kommissar im Bankhaus Baring & Co. Basso und Finanzminister während mehrerer Ministergenerationen, Herr Rouvier, sein Ministerportfeuille zu eigener Bereicherung ausbeutete. Dieser Biederermann war bekanntlich bis an sein Ministerende Mitinhaber des Bankhauses Basso, natürlich im Stillen, und jobberte mit den Einlagen der öffentlichen Sparkassen in Renten der Republik. Die vielbewunderte Finanzpolitik des Schlingens der Börse, des Ministers Rouvier,

Mar Delphine lustig, so mußte er mit ihr lachen, war sie traurig, mit ihr weinen. Er entrug die Last ihrer Widrigkeiten und ihrer Zutranlichkeit; er widmete ihr alle seine Zeit, alle seine Stunden; seine ganze kostbare Jugend mußte er opfern, um dieser Pariserin die Debe des Nichtstuns zu vertreiben.

Delphine und er hielten hohen Rath über die Toilette, die ihr am besten kleidete, er stand im Feuer ihres Horns und im Hagelwetter ihres Kerkers. Zum Ausgleich gewissermaßen lehnte sie gegen ihren Mann, den Baron, nur ihre gnädige und lebenswürdige Seite hervor.

Der Baron dachte sich ins Fäustchen, wenn er sah, wie Rastignac unter seiner Last fast zusammenbrach, und dabei machte er ein Gesicht, als habe er einen unbestimmten Argwohn und schloß so durch gemeinschaftliche Furcht die beiden Liebenden aneinander.

Rastignac mag von der reichen Frau soviel erhalten haben, daß er leben und zwar recht anständig leben konnte, daß begreife ich schon, wo aber hat er sein Vermögen her? fragte Couture. „Ein so beträchtliches Vermögen, wie er es heute besitzt, muß irgendwo herkommen. Noch ist ihm aber keiner mit dem Glauben zu nahe getreten, er hätte ja selbst ein gutes Geschäft erkennen.“

„Er hat geerbt“, meinte Finot.
„Von wem?“ fragte Blondet.
„Von den Narren, denen er begegnet ist, rief Couture.

„In seine Hand ist lange nicht alles allein gekommen, liebe Kinder“, sprach Vixiou.
„Fört mit dem lauten Joen; es liegt im Zeitungs: Die wahrste Freundschaft fühlte die Welt für den Betrag.“
Ich will Euch erzählen, wo sein Vermögen herkommt. Zunächst: Ehre dem Talent! Unser Freund ist kein Reck, wie Finot sagt, sondern ein Gentleman, der Spiel und Karten kennt. Die Ruschauer sehen ihm gern zu. Rastignac besitzt soviel Geist, als er im gegebenen Momente braucht. Sein Geist scheint unstet und spröde, seine Gedanken ohne Zusammenhang, seine Absichten ohne Beharrlichkeit, seine Ansichten schwankend zu sein; aber stellt ihn vor ein erstes Geschäft, in eine Berechnung, der er folgen soll, er wird keine Seitensprünge machen, wie

bestand nämlich darin, daß er die anderthalb Milliarden Französischer Spareinleger zu Rentenanläufen verwendete, und dadurch deren Kurs in die Höhe trieb. Bei solch' elender Korruption war es allerdings eine Kleinigkeit, die Prozentige Rente über Paris hinauszutreiben und dabei einige Millionen einzufädeln. Nunmehr, wo diese elende Räuberpolitik an das Licht der Sonne gebracht ist, erkennt der Bürger, daß die Preistreiber der Prozentigen Staatsrente das Nachwerk eines gewissenlosen Spekulanten auf dem Ministerstempel war und mit der Güte der Staatsfinanzen nichts zu thun hatte. Mit dem Sturze dieses Abenteurers muß auch das Kartenhaus zusammenbrechen, das dieser Mann aufgeführt hat. Der Rückgang der Rente ist also weiter nichts als eine verspätete Korrektur.

Gladstone ist heute aus Südfrankreich zurückgekehrt, und, wie verlautet, soll in dem auf morgen aberaumten Ministerrath die Homerulebill berathen werden — vorausgesetzt, daß eine solche, d. h. ein fertig ausgearbeiteter Gesetzentwurf überhaupt schon besteht. Möglicherweise, ja wahrscheinlich, daß die Mitglieder des Kabinetts ihn betreffend der Grundzüge der Bill noch nicht im Reinen sind. Gewiß ist, daß die Aeußerungen aus ministeriellen Kreisen sehr widersprechend sind, so daß man die Rathlosigkeit merkt. Seitens des Ministeriums wurde ein Führer ausgesteckt, ob es nicht zweckmäßig sei, die Homerulebill nach der ersten Lesung ruhig liegen zu lassen bis nach den Osterferien. Auf diesen, allerdings sehr naiven Vorschlag, der ein offener Ausfluß der Belegenheit ist, antwortet der konservative „Standard“ mit Hohn: wenn die Minister nicht wüßten, daß die Homerulebill die Hauptarbeit des Parlaments für die nächste Zeit sei, dann werde das Parlament sie schon Mores lehren. Genug: Die Minister wünschen die Homerule auf die lange Bank zu schieben, und die Opposition tritt dem entgegen, weil sie in der kommenden Homerulebill das beste Mittel zum Sturz des Ministeriums erblickt.

Vom Bergarbeiterstreik.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erzählt, die Bergbehörde stände auf dem berechtigten Standpunkt, die Ausständigen sich einmal vollständig auszureinigen zu lassen, und dann mit umfangreichen Entlassungen vorzugehen, um den Arbeitern dauernd die Lust an Ausständen zu nehmen. Im Saarrevier werde der Standpunkt, den die Bergbehörde gegenüber den Arbeitern eingenommen hat, für ein außerordentlich korrekter gehalten und man wüßte überall, daß sie bei ihren energischen Maßnahmen nach keiner Seite hin auf Hindernisse stoßen möge. Dasselbe Blatt begrüßt die gestern von uns besprochene feige Haltung, welche die „Germania“ gegenüber den Bergarbeitern beobachtet, natürlich mit hoher Befriedigung. Edle Seelen finden sich, wenn's sein muß, auch im Kohlenstaube!

Die „Kölnische Volks-Zeitung“ erkennt mit Kerper an, daß von allen Zeitungen nur der „Vorwärts“ voll und ganz für die streikenden Bergleute eintritt. Dasselbe Lob ist jedoch der ganzen sozialdemokratischen Presse zu gönnen. Sie hat sich wiederum als zuverlässiger Freund der Bergleute erwiesen. Als es Zeit war, die Bergleute vor dem Nislo des Streiks zu warnen, hat sie diese Pflicht mit aller Entschiedenheit erfüllt. Nachdem aber der Streik begonnen, war es Pflicht der Sozialdemokratie, dem kämpfenden Bergmann beizustehen, ihn zu vertheidigen gegen die heimtückischen Angriffe, welche das ganze Unternehmertum gegen ihn richtete. Auch dieser Pflicht ist, wie die „Köln. Jtg.“ bestätigt, voll genügt worden. Welche traurige Rolle unserer Partei gegenüber das Zentrum spielt, daß sich im Parlament mit Vorliebe als Vertreter der Bergleute geriert, ist an Artikeln der Berliner „Germania“ bereits nachgewiesen worden.

Wo irgend eine Unterdrückungsmaßregel gegen die Arbeiter im Werke, ist Herr v. Stumm an der Spitze, um den sozialen Brand löschen zu helfen. Als Vorsitzender der Saarbriücker Handelskammer hat er dieser Tage — wie die „Köln. Volks-Jtg.“ mittheilt — in einer Sitzung derselben erklärt (siehe auch heutige Politische Uebersicht), Hauptveranlassung des jetzigen Ausstandes sei, daß die Bergverwaltung den Rechtschuss-Verein, der unentbehrlich auf sozialdemokratischer Grundlage stehe, nicht nur dulde, sondern in gewisser Beziehung sogar begünstige. Der Edelkrieg zwischen dem „Bergmannsfreund“ und „Schlägel und Eisen“ allein könne nicht als wirksame Maßregel gegen den Verein gelten, so sehr auch die Bestrebungen des „Bergmannsfreundes“ anerkannt werden müßten. Im Uebrigen habe man

Freund Blondet hier, der zu gern auf Kosten seines Nebenmenschen lacht; Rastignac konzentriert sich, hält alle Kräfte zusammen, späht nach dem schwachen Punkt in der Stellung des Gegners, und hat er ihn entdeckt, dann greift er ungestüm an. Mit Murat'scher Tapferkeit*) sprengt er die Carros: die Aktionäre, die Kapitalisten, die ganze Krämerbande purzelt über einander. Hat er Bresche geschlagen, dann nimmt er sein üppiges, sorgloses Leben wieder auf, wird wieder der Mann des Südens, der Lüstling, der Fant, wird wieder der unbeschäftigte Rastignac, der um Mittag aufstehen kann, weil er in den Tagen der Entscheidung überhaupt nicht ins Bett gekommen.

„Famos! Aber komm endlich auf dein Vermögen zu sprechen“, warf Finot ein.

„Vixiou macht nur Spaß mit uns“, versetzte Blondet. „Rastignac's Vermögen und Delphine von Nuzingen ist ein und dasselbe. Eine merkwürdige Dame! Sie vereint Klugheit und Vorsicht.“

„Hat sie Dir Geld gebergt?“ fragte Vixiou.

Alle lachten.

„Sie täuschen sich in ihr“, meinte Couture zu Blondet. „Ihr sogenannter Geist besteht darin, mehr oder minder pikant zu plaudern, Rastignac mit lästiger Treue zu lieben und ihm blindlings zu gehorchen — die reine Italienerin!“

„Abgesehen vom Gelde“, bemerkte verdrießlich Andoche Finot.

„Wollt Ihr nun noch“, begann Vixiou mit verstellter Sanftmuth wieder, „müht Ihr nach alledem, was wir eben gesagt, dem armen Rastignac vorwerfen, er habe auf Kosten des Hauses Nuzingen gelebt und sei von ihm ausmöblirt worden, so wie früher einmal unser lieber des Dupeaulx, der berühmten Elektra ein niedliches Heim geschaffen? Das wäre wirklich gemein.“

(Fortsetzung folgt.)

*) Murat, Keisergeneral Napoleons I.

die Bergleute den sozialdemokratischen Einflüssen des Rechtschuss-Vereins schuplos preisgegeben. Es sei sogar ein Mal die Aeußerung gefallen, der Rechtschuss-Verein habe auch sein Gutes, weil dadurch etwaige Uebergriffe der Unterbeamten zur Kenntniß der Bergwerks-Direktion gelangen. Die neue Arbeitsordnung enthalte mehrere Paragraphen, in welchen den Arbeiterausständen eine autoritative Stellung den Bergleuten gegenüber eingeräumt werde. Daß die Ausschüsse aber thatsächlich nichts anderes als Organe des Rechtschuss-Vereins seien, werde gewiß von Niemandem bestritten werden. Herr v. Stumm erklärte noch, daß er bald im Reichstage und vielleicht an einer noch wichtigeren Stelle Gelegenheit finden werde, seine Stellung zu den heillosen Zuständen, um die es sich hier handle, darzulegen.

In Bildstock fand am 9. Januar eine Bergarbeiter-Versammlung statt, in welcher unser Genosse G. Wehr aus Eberfeld über die Forderungen der Bergleute sprach und die Ausständigen zum Ausstehen ermunterte. G. Wehr weiß seit mehreren Tagen im Saarrevier, um sich über die Bewegung genau zu unterrichten, und hat dabei ermittelt, daß die Berichte der „Köln. Jtg.“ große Unrichtigkeiten enthielten.

Aus Saarbrücken meldet eine Wolffsche Depesche vom 10. Januar: „Heute sind 11 171 Mann angefahren.“ Ein Extrablatt des „Bergmannsfreunds“ schreibt: „Saarbrücken, 10. Januar. Wegen ihrer aufreizenden Thätigkeit vor dem Streik und ihres Verhaltens während desselben sind heute die Hauptagitatoren für immer aus der Grubenarbeit entlassen und wurden ihnen auf sämtlichen Gruben des Bezirks die Abfahrtscheine zugesandt. Diese Maßregel trifft vorläufig etwa 500 Mann, nahezu sämtlich agitatorisch thätige Mitglieder des Rechtschuss-Vereins. Ob die Zahl derselben sich noch vermehren wird, hängt lediglich von dem weiteren Verhalten der Belegschaft ab. Ferner werden, da die schlechte Lage des Kohlengeschäfts eine Verminderung der Belegschaft notwendig macht, außerdem von den Ausständigen mindestens zwei bis drei Tausend Mann bis auf weiteres von der Grubenarbeit zurückgewiesen werden. Die Bergverwaltung hatte die Absicht, diese im geschäftlichen Interesse nothwendige Maßregel lediglich mit Rücksicht auf die Belegschaft zu vermeiden. Diese Rücksicht ist aber nunmehr im Hinblick auf das Verhalten der Belegschaft in Wegfall gekommen. Selbstverständlich werden bei der Auswahl der von der Arbeit zurückzuweisenden mindestens 2—3000 Mann in erster Reihe diejenigen in Betracht kommen, welche am längsten im Ausstand verharren. Das mögen sich die Ausständigen gefast sein lassen. Wenn auch die Nothwendigkeit dieser Maßregeln im Interesse der Familien der Betroffenen beklagt werden muß, so sind sie doch durchaus erforderlich, um den Ausständigen zum Bewußtsein zu bringen, daß man nicht ungestraft unter Kontraktbruch in einen frivolsten Streik eintritt.“ — Man wird ja sehen, ob die Bergleute sich durch diesen Schreckschuß in's Wackelhorn jagen lassen.

Die „National-Zeitung“ meldet aus Saarbrücken: Da die Behörde mit dem Rechtschussverein und dessen Streikkomitee nicht unterhandelt, findet Mittwoch eine Versammlung der Grubenaussschüsse und Knappschafstältesten zur Wahl neuer Unterhändler statt.

Aus Dortmund wird uns unterm 9. Januar geschrieben: In großer Erregung und Thätigkeit sind die Jachen und Verlaufsvereine. Hin und her fliegen die Mittheilungen. Die Verlaufsvereine liefern nur das Allernothwendigste an die Konsumenten. Ueberall sieht man, wenn irgend möglich, einige Waggons von der Lieferung ab. Weiß man, daß irgendwo noch große Vorräthe im Besitze der Konsumenten sind, so stellt man die Lieferung vorläufig ganz ein. Ausständlich wird bei den Jachen angefragt, wie die Lage ist.

Das Wolffsche Bureau meldet aus Dortmund unterm dem 10. Januar: Die Lage hat sich hier nicht verschlimmert. Die Agitation für den Eintritt in den Streik, dessen allgemeiner Ausbruch morgen besürchtet wird, war dagegen über und unter Tag hart im Gange. Die Streikführer werden heute Mittag hier eine Versammlung abhalten, die christlich-sozialen Bergleute eine Stunde später eine Gegenversammlung. Nach Mittheilung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ arbeitet im Selsentkircher Revier alles, ausgenommen Jeche „Siberia“, wo nur 50 Mann und Jeche „Wilhelmine Victoria“, wo nur 150 anfahren. Auf Schacht I und 2 der Jeche „Consolidation“ arbeitet wieder alles, nur Schacht 3 ist noch ausständig. Im Bochumer Revier arbeitet ebenfalls alles, ausgenommen auf Jeche „Leirich Gustav“, wo nur 162 Mann anfahren. Im Essener Revier streiken im Ganzen 1290 Mann, nämlich 360 auf Jeche „Wolfsbank“, 360 auf Jeche „Neu-Köln“ und 290 auf Jeche „Carolus Magnus“. Sonst befindet sich Alles an der Arbeit.

Ferner liegen folgende Nachrichten vor:
Gelsenkirchen, 10. Januar. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Hier sind zwei für heute angemeldete Versammlungen behördlich verboten und das Versammlungslokal geschlossen worden. Beschwerde beim Minister ist telegraphisch eingereicht.

Gelsenkirchen, 10. Januar. (W. Z. B.) In dem Herter und Dortmund Bezirke sind sämtliche Arbeiter zur Frühstück angefahren. Auf Grund polizeilicher Anordnung wurden gestern Abend sieben Uhr alle öffentlichen Wirtschaften geschlossen, in denselben sind die Aufsuh-Parographen angeschlossen. Vier Führer der Streikenden sind verhaftet worden, darunter Rattner, weil derselbe geküßert hatte, er wüßte (?), daß Gewalt angewendet werde.

Der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wird aus Gelsenkirchen gemeldet, daß die Dynamit-Explosion vor den in der Nähe des Bahnhofs belegenen Hotels von Baumeister und Doebele stattgefunden hat. Die Dynamitpatronen seien auf den Fensterbänken der Hotels niedergelegt und mittels Zündschnur zur Explosion gebracht worden. Die Hotelgäste seien, ohne Schaden zu nehmen, ins Freie geflüchtet. Die Fenstercheiben seien zum Theil zertrümmert, die Mauern leicht aufgerissen worden. Auf die Entdeckung des Urheber der Explosion setzte die Stadt einen Preis von 3000 M. aus. Da die Nachricht von den Telegraphenbüros im Zusammenhang mit den Streiknachrichten gebracht wird, so scheint man jenes Verbrechen der Bergarbeiterbewegung aufs Konto setzen zu wollen. Es ist überflüssig, die Bergleute gegen das Infame dieser Absicht zu verwahren.

Für eine Marinnachricht gewöhnlicher Sorte muß bis auf weiteres die Nachricht des Herold'schen Bureau's gehalten werden, wonach auf den Direktor der Jeche „Siberia“ geschossen worden und einer der Thäter verhaftet sein soll.

Bochum, 10. Januar. (S. Z. B.) Von der Belegschaft der Jeche Vollmond sind Langendreder und heute 192 Mann ausständig. Im Revier Bochum ist sonst alles angefahren. Für morgen wird hier eine Ausdehnung des Streiks besürchtet.

Breslau, 10. Januar. (W. Z. B.) Wie die „Breslauer Zeitung“ von unterrichteter Seite erzählt, ist heute auf der Grube „Deutschland“ nur der vierte Teil der Belegschaft angefahren; sonst sei im ober-schlesischen Reviere alles ruhig und ein weiterer Ausstand nicht zu erwarten.

Breslau, 10. Januar. (W. Z. B.) Der „Schlesischen Zeitung“ zufolge sind auf der Grube „Deutschland“ von 1700 Mann gestern früh angefahren 58, gestern Abend von 390 Mann 141, heute früh von 750 Mann 254. Die Ausständigen fordern Erhöhung des Lohnes und Ablösung der Schichtdauer nach dem Vorbilde der sächsischen ober-schlesischen Gruben. Sonst ist Alles ruhig, Ausschreitungen sind nicht vorgekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, 11. Januar.

Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Wohlthätige Frauen.
Festung-Theater. Heimath.
Wallner-Theater. Der Prophezei.
Berliner Theater. Dora.
Kroll's Theater. Der Barbier von Sevilla.
Denisches Theater. Zwei glückliche Tage.
Victoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Residenz-Theater. Familie Pont-Biquet.
Neues Theater. Die liebe Familie. - Kleine Hände.
Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater. Das verunschene Schloss.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Das Märchen der blauen Grotte. Vorher: "Dihello's Erfolg" und "Das Versprechen hinter'm Heerd".
National-Theater. Der Mohr von Venedig.
Alexanderyplatz - Theater. Der polnische Jude.
Apollon - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst - Theater.

Zum 18. Male:
Modernes Babylon.
Gesangspose in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplet's theilweise von G. Görsch. Musik von G. Stoffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American - Theater.

Neu! Neu!
Der Volksmund in Berlin,
vorf. u. vorgef. v. Alrod Bender.
Neu! Die Lyriker Duettisten Neu!
Geschwister Rainer.
Jeden Abend jubelnder Beifall des sauberechnenden Publikums und der Eracknowahner
oder: Das Kind in der Kommode.
Realistisch-parodistische Vorgänge im Keller, beobachtet vom Hofe aus.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Castan's Panoptikum.

Neue Illusion:
Lotosblume.
Fantoche-Theater.
Vorstellungen v. 11-1 u. v. 4-9 1/2 Uhr stündlich.
Ohne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Wer ist der Vater?

Antwort um 9 Uhr im
Passage-Panoptikum.

Concordia - Festsäle

C. Säger
Andreasstr. 64 und Krautstr. 38.
Jeden Sonntag:
Gr. Instrumental-Konzert.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach dem Konzert:
Grosser Ball,
ausgeführt von 2 stark besetzten Orchestern.
Meine auf das komfortabelste eingerichteten großen und kleinen Sale, sowie 5 neue Regelmäßigkeiten, Billard und Vereinszimmer, stehen den geehrten Vereinen zur gef. Benutzung unter kulantesten Bedingungen.

Barne hiermit Jedermann, meinen Sohn Paul Schmarrow etwas auf meinen Namen zu borgen; ich komme für nichts auf.
Franz Schmarrow,
C., Fälscherstr. 13.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Mittwoch, den 11. Januar 1893,
Abends 7 1/4 Uhr:
Große anherord. Vorstellung.
Besonders hervorzuheben: **Mr. James Fillis** u. d. Schulpferd **Germinal**. **Prinz Carneval** und sein Gefolge, vorgeführt v. **Hrn. Oscar Renz**. 4 **Orientalen**, dargest. v. den Herren **Gaberel**, **William**, **Ernst Renz** u. **Alfred**. **Johanniter u. Asep**, in der hohen Schule ger. v. **Frl. Oceana Renz**. Aufstreten sämtl. Künstlerpez. 1. Ranges. Zum Schluss: **Aut auf Helgoland**. Ballet von 82 Damen. Aufzug der **Leib-Garde-Artillerie**. **Brilliant-Feuerwerk**.
Morgen, Donnerstag, Abds. 7 1/4 Uhr: Große Vorstellung mit neuem Progr. u. **Aut auf Helgoland**. Bilet-Borverkauf an der Zirkusklasse und beim Invalidentant, Markgrafenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Circus Corty-Althoff.

Berlin, Friedrich-Karl-Str., Ecke Karlstraße.
Mittwoch, den 11. Januar 1893,
Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Gala-Abschiedsvorstellung.
Ausr. sämtl. Künstler-Spezialitäten. Reiten und Vorf. best-dressirter Schul- und Freizeitspferde, sowie **Mr. Thompson** mit seinen 5 dress. Elephanten. Kom. Intermezzo von sämtl. Clowns. Alles Bedirge durch Plalate und Ausstragezettel.

Feen - Palaft

Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Total Berlin, 5000 Pers. saffend.
Täglich:
Spezialitäten - Vorstellung
mit großem Programm.
Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Kasseneröffnung 1 Stb. vorher.
Entree 50 Pf.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Das anerkannt großartigste Programm der Residenz.
Jeden Abend 9 Uhr: Auftreten des **G. Braselli**, der equilibristische Kaminfeeger, gen.: **Das Wunder auf der freistehenden Leiter.**
Um 110 Uhr: Vorführung der grossartig dressirten **Riesen-doggen des Mr. Barnum**, sowie Aufstreten sämtl. anderer Spezialitäten.
Jeden Abend stürmischer Erfolg.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pl.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
Täglich: **Instrumental-Konzert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Anschauung von **Vahrenhoser Lagerbier**, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Elegante **Wachengarderobe**
Grosse Hamburgerstr. 37 bei Werbelow.

Berliner Bockbrauerei

Tempelhofer Berg. Teleph.-Amt VI 3019.
Hiermit erlauben wir uns, unser
Flaschenbier
(Original-Brauerei-Abzug)
in empfehlende Erinnerung zu bringen.

32 Flaschen Lagerbier	3 Mk.
30 Flaschen Münchener	3 Mk.
24 Flaschen Wiener Märzen	3 Mk.
24 Flaschen Doppelbier	3 Mk.
20 Flaschen Pilsener (echt böhmisches)	3 Mk.

(Letzteres aus unserer Brauerei Schönpreisen in Böhmen.)

Falkenstein-Clubhaus „Süd-Ost“ Falkenstein-Str. 41. 8094L
Größtet bis 12 Uhr Nachts.
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal v. C. Trittelwitz.
2 Vereinszimmer mit Piano. Fr. Billard. 2 Winter-Regelbahnen.
2 Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit zu soliden Preisen.

Unserm Freund und Genossen
Fritz Zubeil
zum heutigen Biegenfeste ein dreifach
donnerndes Hoch! 871b
Die Stammgäste.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgegend.
Am Dienstag, den 10. Jan. cr., verstarb unser Mitglied
Franz Köppen
nach langen, schweren Leiden. Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. d. Mtz., Nachm. 3 Uhr, vom Hospital an der Prenzlauer Chaussee (Ecke der Fröbelstraße) aus nach dem Georgenkirchhof in Weissensee statt. Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen ersucht
Der Vorstand.

Dankfagung.

Allen Genossen, Mitgliedern, Meistern, Kollegen, Freunden, Bekannten und Verwandten, die meinem Manne **Georg Koch** die letzte Ehre erwiesen, sowie für die prachtvollen Blumenpenden meinen herzlichsten und innigsten Dank.
Die trauernde Wittve und Kind.

Dankfagung.

Für die überaus große Theilnahme bei der Bestattung meines innigst geliebten treuen Gatten, des Klempners **Karl Hildebrand**, sage ich hierdurch allen Freunden und Bekannten, besonders dem Herrn Prediger Kessler für die trostreichen Worte am Sarge des theuren Entschlafenen, sowie auch seiner Herren Chefs **J. Hirschhorn**, dem gesammten Komtoirpersonal, wie auch seinen lieben Kollegen meinen herzlichsten Dank.
In tiefster Betrübniß
Wittve **Hildebrand** nebst Tochter.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger.
Kinder 10 Pf.
Wochentags frei.
Sonntags 30 Pfennig.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 8 Regelbahnen.
F. Sadtke.

Schmiedel's Festsäle,

Alte Jakobstr. 32,
neben dem Thomas-Theater.
Empfehle meine elegant ausgestatteten Säle, elektrisch beleuchtet, Theaterbühne etc. zur Abhaltung jeder Art Festlichkeit unter kulantesten Bedingungen.
G. Schmiedel Wwe.

Freunden u. Bekannten empfehle meine
Stehbierhalle
Neue Ross-Strasse No. 19/20
(geöffnet bis 2 Uhr Nachts).
Anschauung von **Vahrenhoser**, hellem Lager-Bier (Münchener Brauhaus), sowie Weisbier. 3534L
Spezialität: **Warme Würstchen.**
Max Sudicatis.

Destillation und Restauration m. Vereinszimmer, sichere Existenz, billige Miete, passend für Parteigenossen, sofort für Inventarpreis zu verkaufen. Zu erfragen Alt-Moabit 37, Laden.
Gr. Vereinszimmer mit Klavier ist zu vergeben Prenzlauer Allee 28 bei **Reidel**. 874b

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr:
General-Versammlung
bei **W. Gröndel**, Dresdenerstraße Nr. 116.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Kassiers. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Vorstandswahl.
4. Vortrag über: Die Pariser Kommune von 1871. Referent: Genosse Köster. 5. Diskussion. 874b
Unser II. Stiftungsfest findet am Sonntag, den 15. Januar, in der Berliner Ressource statt. Biletts sind bei den Vorstandsmitgliedern sowie auf den bekannten Zahlstellen zu haben.
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend

am **Mittwoch**, den 11. Januar, Abends 5 1/2 Uhr,
in **Joël's Salon**, Andreas-Str. 21.
Tages-Ordnung:
1. Die Gewerkschafts-Presse und ihre Aufgabe. 2. Die Realitätsfrage. 3. Bericht des Vertrauensmannes. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht der Kollegen, alle Mann für Mann zu erscheinen.
Die Versammlung beginnt präzise 6 Uhr.
826/3 **Carl Thieme.**

Öffentliche Versammlung aller in der Schriftgiesserei beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen

am **Donnerstag**, den 12. Januar 1893, Abends 7 Uhr,
in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Der Kampf gegen das Verbrechen.“ Referent: **Julius Türk**. 2. Diskussion. 3. Vorlesung und Besprechung des Statuten-Entwurfs, behufs Aufnahme sämtlicher in Schriftgiessereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. 4. Verschiedenes. 826b
Um das Erscheinen Aller ersucht
Der Einberufer.

Freie Volksbühne.

Wegen großen Andranges konnte ein Theil der Mitglieder der dritten Abtheilung die für sie bestimmte Vorstellung am 8. Januar nicht besuchen. Der Direktor **Blumenthal** veranstaltet aber infolge des Beifalles, den das Schauspiel „Die arme Löwin“ gefunden hat, zu Gunsten der Freien Volksbühne am nächsten Sonntag, also
am **15. Januar, Nachmittags 2 1/2 Uhr**, eine nochmalige Vorstellung von
Die arme Löwin,

Schauspiel in 5 Akten von **Emile Augier**, und hat dem Vorstand einen Theil der Biletts für die oben erwähnten Mitglieder zur Verfügung gestellt.
In dieser Vorstellung werden sämtliche Biletts verlost. Die Verlosung beginnt um 1 1/2 Uhr.
Die Mitglieder der Freien Volksbühne, welche die Vorstellung „Die arme Löwin“ noch nicht gesehen haben, können in der Zeit von 1 1/2 bis 2 Uhr an der Verlosung, natürlich ohne jede Nachzahlung, theilnehmen.
Die übrigen Biletts, 800 an der Zahl, werden, da diese Vorstellung eine von der Direktion des Festung-Theaters arrangirt ist, von 1 1/2 Uhr ab an jedermann für 1 Mk. pro Bilet verkauft. Es ist nicht nöthig, Mitglied unseres Vereins zu sein, um diese Vorstellung zu besuchen.
Die bereits angekündigten Vorstellungen müssen demgemäß auf acht Tage verschoben werden. So findet
am 22. Januar für die I. Abtheilung,
am 29. Januar für die II. Abtheilung,
eine Vorstellung im National-Theater statt. Zur Aufführung gelangt:
Andere Beiten,

Schauspiel in 4 Akten von **Paul Ibsen**.
Die I., II. und III. Abtheilung ist gefüllt.
In der letzten Vorstellung ist ein Opernglas gefunden worden.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
J. N.: **Julius Türk**, SW., Solmsstr. 24.

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Reuthstraße 2.

Soeben erschien:

Heft 34

der

Reden und Schriften Ferd. Lassalle's

(Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungs-Expeditoren und Kolporteurs entgegen.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Maler

(E. H., Filiale III Süd).
Donnerstag, den 12. d. M., Abends 8 Uhr, im Restaurant **Wienecke**, Alte Jakobstr. 83: **Mitglieder-Versammlung.** L. O.: Wahl der örtlichen Verwaltung. Verschiedenes.
885b
Der Bevollmächtigte.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Maler

(E. H. 71, Filiale I Nord).
Freitag, den 13. Jan., Ab. 8 1/2 Uhr, im Rest. **Nicolan**, Elisabethkirchstr. 14
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vierteljährlicher Kassendbericht. 2. Wahl der örtlichen Verwaltung. 3. Diskussion über die neuen Kasserverhältnisse. 4. Verschiedenes. (896b) Die örtliche Verwaltung.
Größtes Lager Berlin's Rinderwagen. Andreasstr. 23. S. P.

Orts-Krankenkasse der Nadler und Siebmacher.

Die durchschnittlichen Tagelöhne für die Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Nadler und Siebmacher sind vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg festgesetzt und zwar:

- für erwachsene männl. Mitglieder, auschl. der Lehrlinge, auf 3.- M.
- für erwachsene weibliche Mitglieder auf 1,70 M.
- für männl. Mitglieder unter sechs-jährigen Jahren auf 1,50 M.
- für weibl. Mitglieder unter sechs-jährigen Jahren auf 1.- M.

Diese Verfügung tritt vom 1. Januar 1893 ab in Kraft.
886b
Der Vorstand. **Worisch**, Vorsitzender.

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrication, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentafel 2 Pf. 60 Pfg. 8561L
H. F. Pinski,
Kottbusserstr. 4, Hof part.
Betten, feiner Stand, neu, sofort für 22 M. Brüderstr. 10, vorn parterre.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung vom 10. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats Graf von Caprivi, von Malahun-Gölz, bayerischer Finanzminister von Riedel und andere.

Präsident von Rebeckow eröffnet die Sitzung mit einem Neujahrgruß an die Mitglieder des Hauses und widmet den seit der letzten Sitzung verstorbenen Abgeordneten Lange-Eiegenh und Peter Reichensperger den üblichen Nachruf. In Ehren des Andenkens der beiden Dahingegangenen erheben sich die Mitglieder von ihren Plätzen.

Das Strafverfahren gegen den Abg. Schwarz ist gemäß dem Beschlusse des Reichstags vom 10. Dezember für die Dauer der gegenwärtigen Session sistirt worden.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erhöhung der Brausteuer. Die Vorlage verdoppelt den bisherigen Brausteuerfuß für Getreide, Reis und grüne Stärke von 4 auf 8 M. und schreibt die Einbeziehung von Ufaß-Lothringen in die Brausteuer-Gemeinschaft vor.

Die Diskussion wird eingeleitet durch

Staatssekretär von Malahun: Es dürfte überflüssig sein, besonders zu motiviren, warum die verbündeten Regierungen nicht einfach die Mehrkosten, welche die Militärvorlage verursacht, auf die Militärbeiträge geschlagen haben. Seit über die Erhöhung des Friedenspräsenzstärke verhandelt wird, sind auch diese besonderen Steuererhöhungen in Vorbereitung gewesen, was hervorgehoben werden muß, weil in der ersten Beratung der Militärvorlage eine gegenseitige Reinigung von einer Seite ausdrücklich gelupert wurde. Die drei Steuervorlagen sollen gerade nur den Bedarf der Militärvorlage decken. Eine Steuerreform im großen Stile einzuleiten, dazu war der Zeitpunkt schon deswegen nicht geeignet, weil sich einmal die finanziellen Ergebnisse der Handelsverträge noch nicht übersehen lassen und dann, weil in Preußen gleichzeitig eine große Steuerreform ihres Abchlusses harret. Auch haben wir geglaubt, daß eine Vorlage, welche mehr als das momentane Bedürfnis deckt, im Reichstage kaum Aussicht auf Annahme haben dürfte. Art. 70 der Reichsverfassung bestimmt ausdrücklich, daß, wenn die ordentlichen Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht reichen, zunächst neue Reichssteuern und dann erst die Militärbeiträge in Betracht kommen. Neue Reichssteuern sind Ihnen indessen nicht vorgeschlagen, vielmehr haben wir den richtigen Weg in einer größeren Ausnutzung der bestehenden Reichsteuern wählen zu sollen geglaubt. Das vorgeschlagene Gesetz, betreffend die Brausteuer, bringt einen Betrag, der mehr als die Hälfte des Bedarfs erreicht. Das Gesetz hat allerdings in letzter Stunde einen scharfen Widerstand aus den theilweise interessierten Kreisen gefunden, der aber von den verschiedenartigsten Gesichtspunkten ausgeht. Was zunächst die Belastung betrifft, so beträgt sie in der Brausteuer-Gemeinschaft durch Steuer und Zoll pro Kopf 79 Pf.; dagegen in Baden 834, in Württemberg 425, in Bayern sogar 558 Mark. Dabei ist in Bayern, wo die Brausteuer drei Mal so hoch, das Bier durchweg billiger, als in der Brausteuer-Gemeinschaft. Vor mehr als 70 Jahren bereits ist der jetzige Steuerfuß in Norddeutschland festgestellt worden; sollte eine Erhöhung desselben durchweg billiger, als in der Brausteuer-Gemeinschaft, nicht übermäßige Erhöhung kann unstreitig getragen werden. Wie die Erhöhung in einzelnen Wirten wird, läßt sich ja nicht mit absoluter Sicherheit voraussetzen. Daß der Brauer die Erhöhung zu tragen haben wird, ist in den Motiven keineswegs gesagt, es heißt dort vielmehr nur, daß die Erhöhung nicht notwendig auf den Ausschankpreis einwirken werde. Jedenfalls kann nicht behauptet werden, daß dieses Gesetz den Steuerzahlern eine unerträgliche Last aufbürdet. Bei gründlicher Betrachtung besonders in der Kommission werde sich zeigen, daß das Reich diese erheblichen Mehrerhöhungen ohne jede Unbilligkeit gegen die interessierten Kreise oder die Konsumenten einschleichen könne.

Abg. Goldschmidt (Hr.): Der Reichs-Schatzsekretär hat heute nichts weiter gesagt, als was uns in den Motiven schon gesagt war; er ist nicht eingegangen auf die zahlreichen Vorstellungen aus den Kreisen des gesamten Brauhandels, nicht auf die Petitionen aus zahlreichen anderen gewerblichen Kreisen, die einer ganz anderen Anschauung über die Wirkung des Gesetzes Ausdruck geben. Der Hinweis auf die Süddeutschen ist ein sehr unglücklicher, denn Bier bedeutet dort im täglichen Haushalt etwas ganz anderes, als in Norddeutschland, und außerdem sind die Brausteuer-Erhöhen, die Malzschulden dort immer in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs erfolgt, während wir in ganz Deutschland jetzt mitten in einer schweren Krise stehen, deren Vorhandensein die Reichsregierung ja ganz offiziell in der Thronrede anerkannt hat. Nun stellt man einfach als Resultat der Verdoppelung der Brausteuer eine doppelte Einnahme, statt 26 Millionen 52 Millionen, ein. Die Brausteuer-Vorlage von 1881 war vorzüglicher, sie stellte nur ein Drittel als Mehrbetrag ein, wie es in Bayern tatsächlich nach der Erhöhung des Malzschulden von 1879 eintrat. Woher soll also jetzt die Verdoppelung der Einnahmen erfolgen? Wir haben ja Herrn Riedel, den bayerischen Finanzminister, heute hier; vielleicht erzählt er seinem Kollegen vom Reiche, wie es damals in Bayern mit der Erhöhung beschaffen war. Der Verbrauch des Bieres in Bayern vollzieht sich auf Kosten des Verbrauchs von Kaffee, Thee, Kakao, Branntwein, Zucker etc.; das gelobte Land des Bierverbrauchs kann also nicht maßgebend sein für den Konsum in Norddeutschland, wo die Verhältnisse ganz anders liegen. Der Branntweinkonsum in Bayern beträgt noch nicht ein Drittel dessen in Norddeutschland, nämlich nur 2/3 Litter gegen 7/9. Die Belastung des Branntweins beträgt in Bayern nur 1/4 von derjenigen in Norddeutschland. Es lassen sich also diese Verhältnisse nicht ohne weiteres vergleichen. In Bayern bildet die Brausteuer die Haupteinnahme, das System der direkten Steuern ist dort nicht so ausgebildet wie bei uns. Nun wird ja der Zunahme des Bierkonsums in der Vorlage eine ethische Bedeutung beigelegt, im Gegensatz zu der Haltung des ersten Bismarck, der es als Getränk des armen Mannes überhaupt nicht gelten lassen wollte und ihm alle möglichen schlechten Eigenschaften nachsagte. In der That hat der Bierkonsum zugenommen, und gleichzeitig ist dieses Volksgetränk immer billiger geworden. Wir haben keinen Grund, diesen Vordringen des Bieres dem Branntwein gegenüber Einhalt zu thun. Die Motive sagen nun, die Verdoppelung der Biersteuer werde die Entwiklung des Bierverbrauchs nicht hemmen. Sie verweisen auf die großen Einnahmen der großen Brauereien, die auch nur im geringsten daran zu denken, daß es eine ungeheure Zahl von Gastwirthen gibt, die mühselig mit des Lebens Noth zu kämpfen haben, die erst neuerdings mit einer besonderen Betriebssteuer bedacht worden sind und demnach auch noch von besonderen kommunalen Steuern betroffen werden können! Da heißt es nun obendrein jetzt im Reich: Die Brauer haben genug verdient, sie können auch die Verdoppelung der Brausteuer aufbringen! Die Verfasser der Motive scheinen wirklich ihre Studien lediglich auf die großen Bierpaläste be-

schränkt zu haben. Der Verdienst eines norddeutschen Wirtes übersteigt nicht nur nicht den Verdienst eines bayrischen, sondern bleibt meist hinter demselben zurück. Herr Zeh in Weimingen, unser früheres Mitglied, bestritt auch von seinem Standpunkt als mitteldeutscher Brauer, daß das Bier in Bayern billiger sei als in Norddeutschland. Im Durchschnitt ist das Bier im Norden billiger, und unzweifelhaft ist es falsch, wenn die Motive sagen, es betrage in Norddeutschland der Unterschied zwischen dem Ausschankpreis und dem Verkaufspreis der Brauer 19,8 Pfennige für das Liter, während er in Bayern nur 7,8 Pfennige beträgt. Niemand anders als der Brauer wird die Steuererhöhung zu tragen haben, er wird die 26 Millionen ausbringen müssen, welche die Vorlage verlangt; ihnen wird also eine Spezialsteuer mit diesem Gesetz neu auferlegt. Es ist bereits mit aller Schärfe in der Öffentlichkeit nachgewiesen worden, daß die Alten-Brauereien ihr Kapital nur noch mit 1 Prozent verzinsen würden, wenn die Vorlage Gesetz wird. Wie sollen sich die Verhältnisse bessern, wenn solche Verluste den Interessenten der Alten-Brauereien zugemutet werden? Als in Bayern der Malzschuldenauflage erfolgte, war die Brauindustrie in einer großen Umwälzung begriffen; damals wurden die Gismaschine und andere technische Fortschritte in den Dienst der Brauereien gestellt. Heute, nach 12 Jahren, ist der Konsum des Bieres in Bayern noch nicht so groß, wie er vor der letzten Erhöhung war. Die Produktion ist freilich gestiegen, aber nur, weil die Brauereien zur Ausgleichung des Verlustes gezwungen waren, sich auf den Export zu werfen und zwar auf den Export nach der Brausteuer-Gemeinschaft. Die Bierpaläste dürfen also auch aus diesem Grunde nicht als eine günstige, sondern müssen als eine ungünstige Wirkung jener Steuererhöhung in Bayern angesehen werden; und wenn einige heimische Brauereien in der Errichtung von Bierpalästen nachfolgen, so haben sie es gethan, „der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Trieb“. Die norddeutschen Brauer haben kein Äquivalent für die Verdoppelung der Steuer wie die Süddeutschen; sie haben keine Möglichkeit der Abwälzung. Der Bierkonsum geht ohnedies in der Brausteuer-Gemeinschaft und in Bayern und Baden zurück. Eine Steuererhöhung durch Erhöhung des Bierpreises abzuwälzen ist also ganz ausgeschlossen. In Frankreich ist gerade jetzt der Versuch gemacht worden, um dem Biere den Kampf gegen den Branntwein zu erleichtern, die Biersteuer aufzuheben und gleichzeitig die Steuerfreiheit des Branntweins als Hausstund aufzuheben. Die neue Biersteuer muß die kleinen Brauereien ruiniren, sie wird auch die großen schädigen; sie wird einem großen Industriezweig Verderben bringen. Die Frage, auf welche Weise denn sonst die Mittel aufgebracht werden sollen, beantwortete ich nicht, denn ich befreite die Nothwendigkeit der Mittel. Wenn aber doch solche Nothwendigkeit sein sollte, so hätte die Regierung schon den richtigen Weg dazu gefunden, indem sie die Biersteuer für die Branntweindrucker einschränken wollte, leider ist sie davon wieder zurückgekommen. Die Vorlage hat schon Schaden genug angerichtet seit ihrem Erscheinen; ich bitte Sie, ihr so früh als möglich das Grab zu graben. (Weisfall links.)

Staatssekretär von Malahun: Die Zahl von 19,8 Pfennig als Unterschied zwischen dem Ausschankpreis und dem Verkaufspreis der Brauer beruht auf sorgfältigen Erhebungen, über welche ich in der Kommission gern nähere Auskunft geben würde. (Zuruf: Daraus können wir aber nicht worten!) Wenn in Bayern ein Rückgang der Zahl der Brauereien eingetreten sein sollte, so wäre damit nicht bewiesen, daß der Rückgang eine Folge jener Gesetzgebung ist, denn im Ufaß ist eine Steueränderung eingetreten und doch eine Verminderung von 317 auf 194 erfolgt. Der Rückgang liegt vielmehr daran, daß, weil das Geschäft ein gutes ist, große Alten-Brauereien die kleinen angekauft haben. Unter den Dividenden der Alten-Brauereien finden sich solche, welche bis 45 ja 50 pCt. betragen (Zuruf: Eine einzige, und auch die nicht mehr). Diese einzige kennt der Herr Vorstand, er sind aber auch zahlreiche Dividenden zwischen 20 und 30 pCt. darunter.

Bayerischer Finanzminister v. Riedel: Der Abgeordnete Goldschmidt hat behauptet, die letzte Erhöhung des Malzschulden in Bayern habe Tausenden von Existenzen Schaden gebracht. Diese Behauptung ist irrig. Unsere aufmerksamen und eifrigen Ermittlungen über die Wirkung dieser Erhöhung sind rechtzeitig angestellt und dem bayerischen Landtage mitgetheilt worden. Es ergab sich daraus, daß von 1880 bis 1888 im Ganzen 563 Betriebe eingegangen, 342 neu entstanden sind. Bei diesen Zahlen ist zu beachten, daß ca. 6000 Brauereien vorhanden sind; davon sind 221 eingegangen. Es handelt sich aber dabei nicht um bloße Betriebseinstellungen, sondern um die Nachforschung nach den Gründen der Einstellung ergab sich, daß nur bei 10 die Steuererhöhung die Ursache war. (Hört! Hört!) Ganz gewiß befinden sich die kleineren Brauereien in einer wenig günstigen Lage dem Großbetrieb gegenüber. Das liegt aber nicht an den Steuerverhältnissen, sondern an der besseren Ausnutzung der maschinellen Einrichtungen und dergleichen, die fast allein den Großbetrieben möglich ist, ebenso an der Einrichtung des Großkapitals, das den Großbetrieben mehr zu Hilfe kommt, endlich an der Leichtigkeit und Billigkeit des Eisenbahn-Transports. Die Abtufung, welche wir 1889 infolge dieser Wahrnehmung eingeführt haben, sind den Kleinbetrieben günstig gewesen. Auch die Behauptung, daß in Bayern bloß 30 pCt. eingegangen sind, beruht auf einem Mißverständnis. In der Hauptsache ist die Erwartung der bayrischen Regierung in bezug auf die Höhe des Einkommens vollkommen erfüllt worden; denn 20 Millionen Brausteuer 1879 standen 32 Millionen 1881 gegenüber. In Bayern wird keineswegs das Bier auf Kosten der anderen Getränke außerordentlich bevorzugt. Der Bierkonsum unterliegt ganz außerordentlichen Schwankungen. Auch der Kaffeekonsum ist in Bayern sehr beträchtlich. Der Bierpreis ist trotz der Steuererhöhungen nicht in die Höhe gegangen, jedenfalls sind irgend erhebliche Klagen aus dem Publikum darüber nicht laut geworden. In der That, die früher bloß ein Aversum bezahlte, ist die Einführung der Brausteuer und bald darauf die der Erhöhung des Malzschulden am Konsum spurlos vorübergegangen.

Abg. Hug-Konstanz (Z.): Die Verdoppelung der Brausteuer für die Brausteuer-Gemeinschaft zieht eine Erhöhung der Militärbeiträge für die süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden von 12 Millionen nach sich, wovon Baden etwas über 2 Millionen tragen soll. Baden sieht hiernach vor der Frage, ob es eine entsprechende Vermehrung der Einnahmen oder eine entsprechende Verminderung der Ausgaben eintreten lassen kann. Vermehrung der Einnahme ist kaum denkbar, weder bei den direkten, noch bei den indirekten Steuern, und ebenso wenig scheint eine Minderung der Ausgaben ausführbar. Ich kann nur wünschen, die Militärvorlage erfährt eine solche Reduktion, daß es nicht nötig wird, die Brausteuer zu erhöhen, daß es überflüssig wird, auf diese Vorlage zurückzukommen.

Abg. Camp (Hr.): Wir sind zunächst mit den verbündeten Regierungen darin einverstanden, daß die Deckung der neuen Bedürfnisse für die Heeresvermehrung aus der größeren Ausnutzung der vorhandenen Einnahmequellen des Reichs gewonnen wird. Zu diesen rechnen wir auch das Steuerobjekt des Bieres und setzen in der Verdoppelung der Brausteuer den Weg, auf welchem mindestens die Hälfte des Bedarfs zu erlangen ist. Die Gründe, welche Herr Goldschmidt gegen die beabsichtigte Erhöhung angeführt hat, haben durch die Ent-

gegnung des bayerischen Finanzministers schon viel an Gewicht verloren, wenn er aber auf die sogenannte Liebesgabe hinweist, so bedauere ich die ungeheure Einseitigkeit dieses Vorschlages, dem die Mehrheit des Hauses gewis keine Sympathie entgegen bringt. Es bleibt ja bedauerlich, daß die Regierung ihren ursprünglichen Plan einer Champagnersteuer nicht weiter verfolgt hat; es gab auch noch andere Wege, auf denen hohe Beträge von Reichstagen zu gewinnen waren, wie die Quittungs- und Inseratensteuer. Darüber wird wohl in der Kommission noch etwas ausführlicher zu reden sein. Die Brausteuer hat die Natur einer Konsumsteuer und muß sie haben; im Allgemeinen soll auch der Konsument diese Steuer tragen. Damit ist aber durchaus vereinbar, daß in einzelnen Fällen, zumal da, wo der Konsument schon durch ungebührliche Vorkürze des Produzenten überlastet ist, die Steuer dem letzteren auferlegt wird. Das norddeutsche Bier ist thatsächlich theurer als das süddeutsche. Als Sedlmayr in Berlin zuerst einen Bierpalast errichtete, wollte er das halbe Liter mit 25 Pfennig verkaufen, und nur die Schwörung der hiesigen Brauereien veranlaßte ihn schließlich, den Preis auf 30 Pfennig zu normiren. (Widerspruch links.) Es giebt eine ganze Reihe von Mitteln, diese Mehrbelastung, wie es meiner Meinung nach in der Ordnung ist, auf den Konsumenten zu übertragen; man braucht ja nur daran zu erinnern, wie es mit der Innehaltung des Nichtstrichs in Wirklichkeit beschaffen ist, eventuell braucht man vor einer Preiserhöhung nicht zurückzufrieden, denn auch in Leipzig z. B. wird das 1/10 Liter-Glas mit 13 Pf. bezahlt. Die Verwerthung der wirtschaftlichen Bedeutung des Bierkonsums als Nahrungsmittel gegenüber dem Branntwein läßt sich heute nicht mehr so leicht betreiben, wie es Herr Goldschmidt glaubt. Der Konsum an Trinkbranntwein ist seit 1855/57 um ca. 120 Millionen Liter zurückgegangen. Die in Norddeutschland gebrauten Biere fallen außerdem keineswegs ohne weiteres unter die unbedenklichen Genussmittel. Die Ausführungen des Abg. Goldschmidt über die bayerischen Verhältnisse hat schon Herr von Riedel als unrichtig nachgewiesen. Ich bemerke nur, daß schon 1882, verglichen mit 1877, in Bayern das Ankerhalbsche der Einnahmen zu verrechnen war, nachdem das Jahr 1879 die Erhöhung des Malzschulden von 4 auf 6 Pf. gebracht hatte. Die Einbeziehung der Reichslande kann ich nicht billigen, denn es würde damit denselben nur ein erhebliches Geschenk gemacht, nachdem sie ein solches schon bei der Branntweinsteuer erhalten haben. Die Uebergangsgabe muß meiner Meinung nach erheblich erhöht werden, ebenso die Ausfuhrvergütung; auf diesen beiden Gebieten muß man den norddeutschen Brauereien entgegenkommen. Auch der von verschiedenen Seiten geforderte zweimonatliche Steuercredit sollte gewährt werden. Ferner sollte der Unfug des Verkaufs des Bieres in ungeeichten Gefäßen und gleichzeitig die Benutzung aller Surrogate, wenigstens nach einer gewissen Uebergangszeit, verboten werden. Hätte die Regierung die Aussichten den Brauern von vorne herein eröffnet, so würde der Widerstand gegen die Vorlage gar nicht einen solchen Umfang angenommen haben. Erstlich ist mir, daß Herr Goldschmidt anerkennt, daß die Steuer sich nicht auf den Konsumenten abwälzen läßt; hoffentlich wird er die Konsequenzen ziehen, wenn es sich um die Branntweinsteuer, und auch, wenn es sich um die Getreidegölle handelt.

Abg. Köfede (Hr.): Die Thronrede und der Reichskanzler haben gleichmäßig an den Patriotismus des Hauses appellirt, die Lasten auf sich zu nehmen, welche die Ehre und Würde des Reichs erforderten, und zwar würden diese Lasten keine unerschwinglichen sein. Was aber an Steuern vorgeschlagen ist, entspricht diesen Aeußerungen nicht. Man hat das Bier herausgegriffen und eine Steuererhöhung vorgeschlagen, die der Reichstag schon wiederholt abgelehnt. Die Motive der Vorlage sind so einseitig von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß die Brauer die Erhöhung tragen können und daß eine Erhöhung des Ausschankpreises gleichfalls nicht nötig sei, da der Ausschank ganz außerordentliche Gewinne in der Brausteuer-Gemeinschaft abwerfe, daß es wirklich schwer fällt, gegen solche Motive ernsthaft zu polemisieren. Die kleineren Brauereien werden unzwiefelhaft der Steuererhöhung zum Opfer fallen und auch die größeren, aber nicht genügend kapitalkräftigen Brauereien schwer geschädigt werden. Die Verminderung der kleinen Brauereien ist eine Folge der Konzentration des Kapitals. Diesen Prozeß können wir nicht ändern, aber wir dürfen ihn auch nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen beschleunigen. In Norddeutschland hat sich der Biergenuß erst in den letzten Jahrzehnten eingebürgert; ihm steht immer noch der Branntwein als Konkurrent gegenüber. Die Gefahr, daß mit Rücksicht auf eine eintretende Bertheuerung des Bieres weitere Kreise der Bevölkerung sich dem Branntweingenusse zuwenden könnten, ist nicht etwa ausgeschlossen, wie die Vorlage meint, sondern wird sicher eintreten, wenn die Steuererhöhung eine Vertheuerung oder eine Verschlechterung, was ungefähr dasselbe ist, verursacht. Und dabei hat dieselbe Regierung uns auch ein Trunkstundengesetz vorgelegt! Jedenfalls hat in Bayern die Brausteuer-Gesetzgebung zu einer Stagnation des Gewerbes geführt; wenn man in Bayern damit zufrieden ist, so hat das Bayern mit sich selbst abzumachen. Wir aber wollen einer entsprechenden Gesetzgebung im Reiche nur dann zustimmen, wenn die Entwiklung des Gewerbes dadurch überhaupt nicht gehemmt wird. Was Herr von Riedel ausgeführt hat über die Frage des Rückganges des Konsums, würde nicht bloß die Verdoppelung, sondern auch die Veranschlagung der Brausteuer rechtfertigen. (Sehr richtig! links.) Bayern kann für uns Norddeutsche überhaupt kein Vorbild sein und kann auch nicht angeführt werden als Beispiel für die Berechtigung der Belastung der Großbrauereien, denn diese haben das Recht des Exports, wenigstens auf absehbare Zeit. Was die Motive über den Ausschankgewinn sagen, widerspricht direkt den Thatsachen. (Hört! Hört!) Der Betrag von 19,8 Pf. ist der höchste Betrag, der in Norddeutschland vorkommt, nicht der Durchschnitt. In Norddeutschland sind von 32 Millionen Hektoliter 8 Millionen oberjähriges Bier, welches überhaupt für nur 8-20 Pf. pro Liter verkauft wird. Aber auch bei den besseren Bieren wird dieser Betrag von 19,8 Pf. lange nicht erreicht. Die betreffende Berechnung geht davon aus, daß das 1/10-Liter-Glas durchweg für 15 Pf. verkauft wird. Das ist eben so unrichtig. In Hesse-Nassau, Thüringen sind die Bierpreise durchaus wie im Süden, in Sachsen kostet das Liter etwa 30 Pf. Wenn Herr Camp den Berliner Brauereien unterzieht, sie wären in Erregung gerathen über ihre angebliche Schädigung durch die Absicht des Herrn Sedlmayr, den halben Liter für 25 Pf. zu verkaufen, so gehört diese ganze schöne Erzählung in das Gebiet der Fabel. Herr Camp und sein Gesinnungsgenosse Herr v. Frege kommen eben nicht in die einfachere Lage der Berliner Brauereien, und daher erklärt sich ihre Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse. Die Regierung hat aber auch noch einen wichtigen Faktor ganz vergessen, der das Ausblühen der norddeutschen Bierindustrie mit herbeiführt, das ist der Umfah des Flaschenbieres, der in manchen Städten den vierten Theil der ganzen Konjunktion beträgt. Nur im Punkte der Uebergangsgabe stimme ich mit Herrn Camp überein. Wenn wirklich der Bundesrath sich auf die Forderung der bayerischen Brauer einließ, die Uebergangsgabe nicht zu erhöhen, dann würden alle Brauereien in der Nähe der bayrischen Grenze aufs äußerste gefährdet sein. Ich hoffe und erwarte, daß die große

Mehrheit des Hauses die Vorlage verworfen wird, auch diejenigen, welche den Schutz des Kleingewerbes und die Fürsorge für die arbeitenden Massen auf ihre Fahne geschrieben haben.

Staatssekretär v. Waldmann: Ich kann nicht zugeben, daß die Vorlage nicht mit der Wichtigkeit der angegebenen Zahl von 19,8 Pct. als Differenz der Ausschank- und Brauereipreise. Diese Durchschnittsziffer bezieht sich nur auf untergeordnete Biere. Die Uebergangsgabgabe zu regeln, liegt dem Bundesrathe ob.

Um 5/4 Uhr wird die Fortsetzung der Berathung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Außerdem Interpellation Auer und Genossen, betr. Maßregeln gegen den allgemeinen wirtschaftlichen Nothstand.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 10. Januar 1893. 12 Uhr.

Am Ministerische Miquel, Boffe und Kommissarien. Seit der letzten Sitzung sind die Abgg. Pange, Wygen, v. Borke-Mienow und Dr. Reichensperger verstorben.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verbesserung des Volksschulwesens und des Einkommens der Volksschullehrer, leitet der Kultusminister Dr. Boffe ein. Derselbe erklärt eingesehen zu haben, daß die Verhältnisse der Lehrerbefolgungen nicht mehr nach dem alten Maßstabe bestehen können. Der Regelung dieser Frage wird man nicht entgegenkommen. Man wird fragen: warum nicht ein Schuldotationsgesetz? Ich mache kein Hehl daraus, daß ich nur ungern darauf verzichtet habe, schon weil eine Verbindung der Schuldotation mit der Reform der Gemeindesteuern etwas Verlockendes hat. Die Schulausgaben betragen mehr als 90 Pct. der Gemeindesteuern, sodaß eine Regelung derselben im Anschluß an die Ueberweisung der Staatseinkommen an die Gemeinden sich leichter gestaltet. Die Schulausgaben betragen im ganzen Staate 146 1/2 Millionen Mark, die Einkommensteuer ergibt 124 1/2 Millionen, die Staatseinkommen 92 1/2 Millionen Mark, also die Schulkosten betragen 107 Pct. der Einkommen- und 187 Pct. der Staatseinkommen. Von den Schullasten entfallen 84 Mill. auf die Städte und 81 Millionen auf das Land, während die Einkommensteuer zu drei Vierteln auf die Städte, zu einem Viertel auf das Land entfällt. Diese Verschiedenheit steigert sich in den großen Städten und auf dem platten Lande. Die Schullasten betragen in den ersteren einen kleineren Bruchtheil; auf dem Lande giebt es manche Schulgemeinden, die überhaupt keine Einkommensteuer bringen. Je ärmer die Landestheile sind, desto höher ist der Betrag der Schullasten im Verhältniß zu den gesamten Gemeindesteuern. Nur durch eine individuell bemessene staatliche Unterstützung der leistungsunfähigen Gemeinden kann geholfen werden, und auch dazu muß der Staat Mittel beschaffen, wenn er eine gerechte Steuerreform herbeiführen will. Die Aufhebung des Schulgeldes war ein von der Kultur gebotener Fortschritt; aber es liegt auf der Hand, wenn die ärmeren Volksklassen zu Staats- und Gemeindesteuern gar nicht oder nur mit sehr mäßigen Beträgen herangezogen werden, wenn außerdem das Schulgeld aufgehoben wird, dann muß es immer schwieriger werden, die Schullasten aufzubringen. Die Vorlage enthält allerdings formell eine Ueberweisung von dem § 82 des Einkommensteuergesetzes, denn die Ueberträge werden den Gemeinden nicht direkt überwiesen, sondern nur die Zinsen werden nach § 82. Damit kommt die Regierung der Verpflichtung nach, welche Art. 25 der Verfassung enthält, daß den Lehrern ein angemessenes Einkommen gesichert werden soll. Allerdings machen 3 Millionen Mark für 71 000 Lehrstellen nur einen geringen Betrag für jede Stelle aus; aber es sind doch auch nicht alle Stellen verbessertbedürftig, wenigstens es auf dem Lande vielfach schwer fällt, die Stellen zu besetzen, weil die Gehälter zu gering sind. Die Behauptung, daß die Lehrer zu früh heirathen, sei durch die Statistik widerlegt; man müsse sogar sagen, es wäre wünschenswerth, daß noch mehr Lehrer heirathen könnten. Die Vorlage verlangt auch die Aufhebung des Gesetzes vom 28. Mai 1887, betreffend die Feststellung von Anforderungen für Volksschulen. Die Regierung hat sich überzeugt, daß dieses Gesetz zum Stillstand der Schulentwicklung geführt hat. Auf die einzelnen Fälle, die der Regierung unbekannt geworden sind, will ich nicht eingehen; ich will keine Klagen gegen die Bezirksausschüsse u. s. w. erheben: das wird vielleicht in der Kommission geschehen können. Man hat das Gesetz genannt ein Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Schulräthe (Hört! hört!), aber das Gesetz kann gefährlicher werden, als ein Schulrath jemals werden könnte. Alle Fragen des Schulwesens werden nach dem Gesetze der Beschlußfassung der Schulbehörde übertragen, die an keine Regel, an keine Vorschrift gebunden ist und gegen die es keine Reue gibt, die auch keine Rücksicht darauf zu nehmen braucht, wie es im Nachbarbezirk gemacht wird. Die Entscheidung ruht jetzt nicht mehr in der Hand des Ministers, sondern in der Hand gewählter, also in ihrem Bestande wechselnder Körperschaften, die keinerlei schultechnische Kenntnisse haben. Der Regierung sind bei der planmäßigen Entwicklung des Schulwesens vollständig die Hände gebunden; wer den Lehrern wirklich helfen will, der muß das Gesetz von 1887 aufheben. Die Regierung will nicht zur alleinigen bürokratischen Entscheidung zurückkehren; die Mitwirkung der Selbstverwaltungsbehörden und der Provinzialinstanzen soll anrecht erhalten werden. Außerdem ist die Kontrolle des Verwaltungs-Streitverfahrens in Aussicht genommen. Die Verstärkung des Fonds zur Unterstützung von Volksschulbauern, die verlangt wird, ist keine Uebermäßige; es sollen nur die bescheidensten Bedürfnisse befriedigt werden. Da wir alle von der Bedeutung unseres Schulwesens überzeugt sind, so hoffe ich, daß die Berathung zu einer Verständigung führen wird.

Abg. v. Strombeck (B): Daß den Lehrern geholfen werden soll, wird wohl allseitig begrüßt werden, aber die Art und Weise, wie dies geschehen soll, findet auch in den Kreisen meiner politischen Freunde erhebliche Bedenken.

Abg. Warth (H): Niemand wird die Vorlage mit ungetheilte Freude begrüßen, aber die Unterstützung der armen Schulgemeinden ist für uns so wichtig, daß wir deshalb trotz mancher Bedenken für das Gesetz sind. Die Hülfe ist um so nöthiger, weil es sich nicht um die Zukunft, sondern um Schäden handelt, die theilweise schon der Vergangenheit angehören, denn aus Mangel an Mitteln müßte mancher Schulbau unterlassen werden. Ob dem platten Lande dabei ein Vortheil erwächst, kann nicht maßgebend sein. Der Stadt Berlin und anderen Städten erwachsen aus der Anwesenheit von Behörden, Garnisonen u., deren Kosten die Allgemeinheit aufbringt, auch Vortheile. Warum soll der Fonds aber nicht sofort, sondern von 1895 ab verwendet werden? Das Gesetz von 1887 haben wir nicht verlangt, die Regierung selbst hat es vorgelegt. Aber wenn sie es aufheben will, müssen wir ihr wohl helfen, wenn wir auch nicht die Gründe dafür verlangen können.

Abg. v. Münnigerode-Roskitten (L): Die Vorlage steht im engsten Zusammenhange mit der Steuerreform, deshalb sind wir auch dafür, daß die finanziellen Bestimmungen derselben der Steuerkommission überwießen werden. Von einem Nothstande der Lehrer kann man nicht mehr sprechen, seitdem mehrfache Erhöhungen der Lehrergehälter beschlossen, Alterszulagen gewährt und Pensionsbeiträge erlassen sind. Für die unteren Staatsbeamten ist nicht in so ausgiebiger Weise Sorge getragen worden. Namentlich gegenüber der schlechten Finanzlage müßte man solche neuen Forderungen für die Lehrer etwas zurückstellen. Daß die Erregung über die Volksschulvorlage noch fortdauert, kann ich bestätigen; aber beseitigt wird diese Erregung nicht dadurch, daß die Regierung eine neue Vorlage nicht in Aussicht stellt. Eine Regierung, wie die preussische, muß in dieser

brennenden Frage die Initiative ergreifen, mag die Vorlage ausfallen, wie sie will, und mögen die Beschlüsse des Landtags fallen, wie sie wollen. Eine Schullastenvertheilung, eine Schuldotation ohne ein Schulgesetz halten wir nicht für möglich; die Sache muß einheitlich geregelt werden. Während wir für die Lehrer ein Bedürfnis der Gehaltsausbesserung nicht anerkennen können, stehen wir den Schulbauern anders gegenüber; die Unterstützung der armen Gemeinden des Ostens ist hierbei dringend notwendig. Wenn die Grund- und Gebäudesteuer fällt, dann will man diese Steuerquelle sofort für die Schule in Beschlag nehmen. Man übersteht aber dabei, daß die Landwirtschaft mit der Alters- und Invaliden-Versicherung eine Last auf sich genommen hat, die schwerer ist, als die Grundsteuer. (Zustimmung rechts.) Gerade auf dem Gebiete des Schulwesens ist eine Schranke gegen die Bureaukratie und ihre Willkür notwendig; hier muß statt der Zentralisation eine Dezentralisation herbeigeführt werden. Ich habe den einheitlichen, in keiner Weise kritischen Standpunkt meiner Freunde dargelegt. (Weifall rechts.)

Abg. Hohrecht (M): Wenn ein Theil der Vorlage an die Steuerkommission verwiesen wird, so wird damit bekundet, daß man die Vorlage für gänzlich verfehlt hält. Wir halten das Gesetz für verbesserungsfähig und bitten deshalb, dasselbe an eine besondere Kommission zu verweisen.

Finanzminister Miquel: Vom fiskalischen Standpunkt aus würde mir das Gesetz nicht angenehm sein, denn es nimmt der Staatskasse jede Chance einer Mehreinnahme und fördert auch nicht die Steuerreform. Als Staatsminister muß ich die Vorlage vertreten, weil sie nicht eine Befreiung des § 82 des Einkommensteuergesetzes, sondern eine zweckmäßige Ausführung desselben ist. (Widerspruch beim Zentrum.) Wir wollen die Grund- und Gebäudesteuer beseitigen, aber auch die Gemeinden entlasten; das wird durch die Ueberweisung der Staatszuschüsse erreicht (Abg. v. Strombeck: Nur in Höhe von 4 Millionen!), soweit die Mittel eben reichen. Vom Besessenen ist keine Rede; das Kapital soll zur Staatskasse vereinnahmt werden, dafür soll eine Rente in den Etat eingestellt werden. Die man auch die angesammelten Ueberschüsse vertheilen will, das Kapital wird man nicht vertheilen, sondern dasselbe auf Anleihen verrechnen und die Renten in den Etat einstellen. Ich möchte bitten, die Vorlage nicht an die Steuerkommission zu verweisen. Bisher hat über die Höhe der Lehrergehälter allein die Unterrichtsverwaltung bestimmt; aber in der Bestimmung der Minimalgehälter liegt auch eine finanzielle Belastung des Staates, der subsidiär die Schullast tragen muß. Deshalb muß der Finanzminister mitwirken, um die Staatskasse zu schützen und damit auch die einzelnen Gemeinden. Jetzt ist das Geldebewilligungsrecht eigentlich aus dem Landtage in die Selbstverwaltungsbehörden verlegt worden. Bei der Regelung der Schullasten wird man zu Scheiden haben zwischen den Ausgaben, die den Gemeinden zufallen, und solchen, die größeren Verbänden übertragen werden müssen. Ich hoffe, daß Ihnen noch in dieser Session bezüglich der Lehrerpensionen eine derartige Vorlage zugehen wird. Herr Hohrecht macht bezüglich der Vertheilung der Staatszuschüsse einen Vorschlag, der direkt zur Verstaatlichung der Schule führen müßte. Eine gleichmäßige mechanische Vertheilung würde nur großes Unheil anrichten. Das zeigt sich bei dem Staatszuschuss von 600 M. für jedes Lehrergehalt, wobei Gemeinden unterläßt werden, die es nicht brauchen, während das Geld an anderer Stelle fehlt. Eine organische Regelung der Schullasten enthält die Vorlage nicht; ein Dotationsgesetz kann in absehbarer Zeit kaum zustande kommen. Aber es handelt sich hier um Wirkstände, deren Beseitigung dringlich ist. Die Beamtengehälter verdienen auch eine Verbesserung, aber dafür sind die Ueberschüsse der Einkommensteuer nicht bestimmt; sie sollen den Gemeinden, nicht der Staatskasse zu Gute kommen. Es handelt sich darum, ob das Land einen Steuerbetrag von fünf Millionen mehr aufbringen soll für diese dringende Aufgabe, oder nicht. Ist das Uebel, das das Land in der Ergänzungsteuer 33 statt 30 Millionen zahlt, so groß, daß man diese Uebelstände beheben lassen muß? Andere Mittel dazu sind sonst nicht vorhanden. Die finanziellen und die anderen Bestimmungen der Vorlage sind nicht von einander zu trennen. Denn ohne die Aushebung des Gesetzes von 1887 haben wir keine Garantie für eine gleichmäßige Vertheilung der Staatszuschüsse. (Weifall bei den National-liberalen.)

Um 3/4 Uhr wird die weitere Berathung bis Mittwoch, 11 Uhr vertagt.

Parteinachrichten.

Die bayerischen Landtagswahlen sollen nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ bestimmt im Monat Juli stattfinden. Die „Münchener Post“ glaubt jedoch Anhaltspunkte für die Annahme zu haben, daß die Wahl erheblich früher stattfinden wird.

Protestveranstaltungen gegen die Militärvorlage haben noch stattgefunden in Müßburg (Referent Reichhaus-Gesert), Hungau (Referent Geiser-Breslau), Bünde (Referent Schulmann-Bielefeld), Friedrichsfelde bei Berlin (Referent Koopmann).

Reichstags-Kandidatur. Für den Wahlkreis Danzlau wurde am 2. Januar in einer dortigen Volksversammlung Schriftsteller Bruno Geiser aus Breslau als Reichstagskandidat aufgestellt.

Gewerbegerichtswahlen. Auch in Limbach i. S. siegen in der Klasse der Arbeitervertreter die sozialdemokratischen Kandidaten.

Mit den Beschlüssen des Berliner Parteitag erklärten sich einverstanden die Parteigenossen in Bünde in Westfalen.

Partei-Konferenz. Die nächste Parteikonferenz für den Wahlkreis Ultena-Iserlohn findet am 29. Januar statt. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Partei-Veranstaltungen. Leipzig - Nord: Jahreseinnahme 649,92 M., Ausgabe 602,70 M.

Auf das vom badischen Fabriksinspektor Herrn Wörriehofer darüber geäußerte Bedauern, daß der sozialdemokratische Wahlverein für 24 hr und Umgegend es in unhöflicher Weise abgelehnt habe, in einer zwischen dem Fabrikanten Herrn Häusler und dessen Arbeitern vorgekommenen Differenz dem Wunsch dieses Herrn zu entsprechen, zwei Mitglieder zur Untersuchung der Angelegenheit an diesen abzusenden, erklärt der Vorstand des genannten Vereins im „Offenburger Volksfreund“, daß dem Wahlverein von einem solchen Anerbieten des Herrn Häusler nichts bekannt sei, und führt dann weiter aus: „Am Klarheit in die Angelegenheit zu bringen, wurde Herr Häusler schriftlich ersucht, mitzutheilen, an welche Person oder auf welche Weise er das Anerbieten an den Wahlverein habe gelangen lassen, und wer die „unhöfliche Antwort“ erteilt habe. Der Vorstand des Wahlvereins konnte natürlich die „unhöfliche Antwort“ nicht erteilen haben, da ihm, wie gesagt, von jenem Anerbieten nichts bekannt war. Auf unsere Aufforderung war nun Herr Häusler so höflich, keine Antwort zu erteilen, was zu einer unpartheiischen Regelung der Sache absolut nöthig gewesen wäre. Da also dem sozialdemokratischen Wahlverein thatsächlich kein derartiges Gesuch unterbreitet wurde, verwahrt sich derselbe ganz entschieden gegen die Schlussfolgerung, die Herr Dr. Wörriehofer

aus der angeblichen Ungehörigkeit zieht. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß Herr Häusler durch eine zweite Person einem im Wahlverein befindlichen Genossen unter der Hand ein derartiges Ersuchen mittheilte, wovon aber der Vorstand des Wahlvereins keine Kenntnis erhielt. Ob dies überhaupt der richtige, sach- und anhangsgemäße Weg war, ein so wichtiges Ersuchen an einen Arbeiterverein zu richten, überlassen wir der Beurtheilung unserer Genossen, denen gegenüber wir diese Erklärung schuldig sind. Würde Herr Häusler sachgemäß ein schriftliches Ersuchen eingereicht haben, so wäre demselben gerne entsprochen worden, und zwar in unparteiischer Weise. Wir sind überzeugt, daß Herr Dr. Wörriehofer, würde demselben bekannt gewesen sein, wie Herr Häusler dem hiesigen Arbeiterverein sein Anerbieten gemacht hat, keinen so großen Werth auf die diesbezügliche Mittheilung gelegt hätte.“

Totenliste der Partei. Gestorben in Offenburger i. B. der Buchbinder Ernst Dillinger.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Genosse H. Behrendt, Faktor der Druckerei der „Brandenburger Zeitung“, wurde vor einigen Tagen auf Requisition der Staatsanwaltschaft zu Königberg i. Pr. verhaftet, in welchem Orte er vor der Ueberführung nach Brandenburg seinen Wohnsitz hatte. Ueber den Grund der Verhaftung ist nichts bekannt.

Lokales.

Der Magistrat als Arbeitgeber. Daß der Berliner Magistrat (und mit ihm jeder andere aus Elementen der Bourgeoisie zusammengesetzte Magistrat) das Verhältnis zu „seinen“ Arbeitern nicht im geringsten anders aufpaßt als private Arbeitgeber, ist bekannt. In verblüffender Weise ergibt es sich wieder einmal aus dem von uns bereits zitierten neuesten Verwaltungsbericht über die städtischen Gasanstalten für 1891/92. Der Titel „Arbeitslöhne“, welcher übrigens ein Muster diplomatischer Stilistik genannt zu werden verdient, beginnt mit den Worten: „Nachdem in den beiden letzten Jahren 1889/90 und 1890/91 nicht unerhebliche Erhöhungen der Lohnsätze der Arbeiter auf den Anstalten bewilligt worden waren, ergab sich für das vorliegende Jahr eine weitere Steigerung der Löhne nicht als notwendig, indem stets eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften zur Verfügung stand, sobald in Folge des steigenden Betriebes in den Wintermonaten die Einstellung neuer Arbeiter sich als notwendig erwies.“ Danach muß man annehmen, daß der Magistrat eine Nothwendigkeit zur Erhöhung der Lohnsätze nur dann als vorliegend erachtet, wenn er infolge von Mangel an Arbeitern und mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung des vollen Betriebes sich dazu gezwungen glaubt. Dieser Fall tritt aber bei Gasanstalten einfach niemals ein. Angebot und Nachfrage regeln sich hier nämlich in der Weise, daß im Sommer, wenn die Gesamt-Nachfrage nach Arbeitskräften steigt, der Betrieb eingeschränkt wird und Arbeiter entlassen werden, während im Winter, wenn der Betrieb erweitert werden und mehr Arbeiter eingestellt werden müssen, die Gesamt-Nachfrage nach Arbeitskräften fällt. Auf diese Weise sehen sich die Gasanstalten in der jedem Unternehmer und sichtlich auch dem Berliner Magistrat höchst angenehmen Lage, der Gefahr einer etwa notwendigen Erhöhung der Lohnsätze durch Entlassungen und der Nothwendigkeit einer vermehrten Einstellung von Arbeitern durch Niedrighaltung der Löhne begangen zu können. Hier haben die durch die Natur der Sache bedingten, eigenthümlichen Verhältnisse der Gasanstalten ein System geschaffen, wie es raffinierter das Hirn des profitstüchtigsten Unternehmers nicht erfinden könnte. Welches bedeutenden Schwankungen die Gasproduktion unterworfen ist, ergibt sich daraus, daß die höchste im ganzen Berichtsjahre 497 200 Kubikmeter (am 20. Dezember 1891), und die niedrigste 125 000 Kubikmeter (am 9. Juli 1891) betrug. Danach kann man sich ein ungefähres Bild davon machen, wieviel Arbeiter mit dem Herannahen des Sommers entlassen werden mögen. Nähere Angaben darüber bringt der Bericht nicht. — Der Bericht verbreitet sich sodann in einer längeren, höchst charakteristischen Auseinandersetzung über „die neuere Reichs-Gesetzgebung, welche durch die Novelle zur Reichs-Gewerbe-Ordnung vom 1. Juni 1891 die Arbeitsverhältnisse zu regeln sucht und hierbei in viele gewerbliche Verhältnisse tief eingreift“. Daß die Arbeitsverhältnisse der Gasanstalten bisher nur wenig davon berührt worden sind, wird mit Befriedigung konstatiert, ebenso wie die Thatsache, daß die Bestimmungen der Sonntagstruhe auf die Gasanstalt vorläufig noch keine Anwendung fanden. — Zum Schluss heißt es, nachdem die Vermehrung der Arbeitslöhne (wegen einer kleinen Mehreinstellung von Arbeitern gegen das Vorjahr) von rund 787 000 M. auf 791 000 M., also um nur 4000 Mark, angegeben worden ist: „Im Vergleiche zur Erhöhung der Gasproduktion hat sich daher die Ausgabe an Arbeitslöhnen gegen das vorige Jahr etwas günstiger gestaltet.“ In weniger gekrautobter Deutsch übersetzt heißt das: Im Vergleiche zu der Nichterhöhung der Löhne hat sich der durch die gleichzeitige Erhöhung der Produktion erzielte Gewinn günstiger gestaltet, oder: Der durch die Arbeiter produzierte Mehrerwerb ist gestiegen. Woraus sich für einen Arbeitgeber, ob Privatmann, ob Kommune, ob Staat, noch niemals eine weitere Steigerung der Löhne, sondern eher das Gegentheil als „nothwendig“ ergeben hat, selbst dann, wenn, wie der Magistrat im Eingang des vorliegenden Berichtes selber konstatiert, die Zeiten infolge von Geschäftsstockung, allgemeinen Arbeiter-Entlassungen, Darniederliegen der Bauthätigkeit, schlechten Ernten in fast allen Ländern Europas und daher Steigerung der Preise der nothwendigsten Lebensmittel geradezu niederrückig schlecht sind.

Die Arbeitslosigkeit ist in der Nahrungsmittel-Industrie eine ungeheuer große, wie die dieser Tage stattgehabte Versammlung von Arbeitlosen der Nahrungsmittel-Gewerbe zu Genüge bekundet hat. Besonders sind die Arbeiter des Bäder- und Schlächtergewerbes von dieser Arbeitsnoth betroffen. Während die Gefellen in Noth und Elend verkommen, scharren die betrunnenen kolossale Reichthümer zusammen. So soll die hiesige Schlächter-Innung zur Zeit über ein Vermögen von etwa 1/2 Millionen Mark verfügen. Für dieses Geld weiß nun die Innung keine bessere Verwendung, als nach dem Beispiele der beiden Bäder-Innungen sich einen Innungspalast zu schaffen. Zu diesem Zwecke hatte die Innung bereits einmal in der Frankfurterstraße ein Grundstück erworben, dasselbe aber, weil ungeeignet, wieder verkauft. Jetzt ist nun beschlossen worden, ein neues Terrain vorläufig nicht zu erwerben, sondern zunächst baureifere Gegenden darüber einzuziehen, es nicht auf dem alten Innungsgrundstücke in der Neuen Grünstraße 28 ein der Innung würdiger Bau für die Zwecke der Meister errichtet werden kann. Für die Zwecke der Meister, das ist der Zweck der Innungen überhaupt. Von der vielgepriesenen Fürsorge für die Gefellen ist leider wenig zu verspüren. Die vielen hundert arbeitslosen Schlächtergehilfen, welche Jahr aus, Jahr ein die Herberge belagern, werden jedenfalls sehr davon erbaut sein, künftig in einem stolzen Innungspalaste hungern zu dürfen!

Einen Brauerei-Bankrott hat der Verein der Berliner Bierverleger, Gast- und Schankwirthe verhängt und zwar über die Brauerei von G. Lehmann. In der letzten Sitzung des Vereins wurde konstatiert, daß diese Brauerei 45 Pfaffen Schankbier für 3 Mark anbietet und Wiederverkaufern noch Rabatt anbietet. Da es leicht möglich sei, daß sich dieser Brauerei noch andere anschließen, so wurde es für nothwendig erklärt, dem großen Publikum die Augen darüber zu öffnen, was es für sein Geld

erhält, denn dazertiges Bier könne nur mit Surrogaten oder leichter eingebracht sein. Es wurde daher dringend empfohlen, dieses billige Bier nicht einzuführen und der Beschluss gefasst, aus der Brauerei Wilhelmshöhe, Inhaber G. Lehmann, Belortorstraße 4, 1. kein Lagerbier, hell oder dunkel, 2. kein Schankbier, hell oder dunkel, 3. kein oberschlägiges Weiß- oder Braumbier zu entnehmen, und diesen Beschluss so lange aufrecht zu erhalten, bis die Preise geändert sind. — Mit der gewünschten Erhöhung der Preise allein dürfte es schwerlich getan sein, sofern nicht die Qualität des Bieres eine Besserung erfährt.

Die Maßregeln, welche zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Kriminalgerichtsgebäude getroffen werden, werden mit besonderer Strenge durchgeführt. Jezt sind an verschiedenen Stellen Plakate folgenden Inhalts angebracht worden:

„Geladene Personen (Angeklagte, Zeugen u. s. w.) haben in den Wartezimmern — oder falls solche besetzt — auf den Bänken in den Korridoren Platz zu nehmen. Personen, welche Eintritt in den Zuhörerraum suchen, haben, wenn ihnen solcher wegen Befehlsung oder aus sonstigen Gründen nicht gewährt werden kann, das Gerichtsgebäude zu verlassen. Das Stehenbleiben und Umhergehen in den Korridoren ist untersagt. Die Gerichtsdiener sind angewiesen, die Beachtung dieser Anordnungen streng zu überwachen.“

Zwei Beamte gehen fortwährend in den Gängen auf und ab, um alle Unbefugten fortzuweisen.

Der Hargazon von Weiskensee. In einem Hause der Königschauffee in Weiskensee bewohnt seit mehreren Jahren der 72 Jahre alte Stefan S. eine elende Dachstube. Es war den Hausbewohnern bekannt, daß der fast bedürfnislose alte Mann durch Betteln seinen Lebensunterhalt frisierte. Trotz der sehr herrschenden großen Kälte begab sich S. täglich, nur mit einem einsachen sadenscheinigen Rock bekleidet, nach Berlin, wo er sich stundenlang an der Potsdamer- und Kurfürsten-Brücke aufstellte und mit abgezogenem Hute die Gaben entgegennahm, die ihm mildthätige Passanten reichten. Seit mehreren Tagen fiel es den Hausleuten auf, daß S. seine gewöhnlichen Gänge nicht mehr verrichtete, man sah in der Dachstube und stand dort, in der eiskalten Stube den Kreis auf einem alten Strohhalm im schwerkranken Zustande liegend vor. Die Nachbarn verständigten die an einen Arbeiter verheiratete Tochter des S. von dem bedenklichen Zustande ihres Vaters und die Frau fand sich gestern (Sonntag) Abends am Krankenbette des S., mit dem sie insofern verschiedener Mißbilligkeiten schon lange außer allem Verkehr stand, ein. Als nun die Tochter die wenigen im Zimmer befindlichen Habseligkeiten durchstöberte, fand sie zu ihrem Erstaunen in einer Zigarettenkiste vier Sparlappenbücher, die zusammen auf einen Betrag von 21000 M. lauten und außerdem in einen alten Strumpf eingeklebt Gold- und Silbermünzen, die einen Betrag von über 3000 M. repräsentieren. Auf Befragen der Tochter erklärte S., daß er das Geld vor acht Jahren von seiner in Magdeburg verstorbenen Schwester geerbt habe, bis heute es aber nicht über sich gewinnen konnte, von dem Kapital oder den Zinsen auch nur einen Pfennig anzuhören. Die Tochter nahm sofort den anscheinend geisteschwachen alten Mann mit sich in ihre Wohnung, die Nachbarn sind aber über den Geizhals sehr entrüstet, der sich oft bei den durchwegs nicht im Ueberflusse schwelgenden Hausbewohnern ein Mittagbrot erbettelte, während er oben in seiner Stube ein Vermögen versteckt hatte.

Zeugen gesucht. Der Maurer Karl Müller, Oppelnerstraße 3 wohnhaft, wollte am 7. Dezember vorigen Jahres an einer Verammlung teilnehmen, welche in Sanssouci stattfand. Wegen Ueberfüllung des Lokals fand er keinen Einlaß mehr und wollte sich dann in Begleitung einiger anderer Personen in ein anderes Versammlungslokal begeben. Er soll hierbei auf der Granitbahn des Bürgerfeldes in der Kottbuserstraße Nr. 3 gestanden und dadurch den Verkehr behindert haben. Wegen dieser „Straftat“ ist ihm ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 3 M. zugegangen. Da es Herr Müller auf richterliche Entscheidung antworten lassen will, werden alle diejenigen, die bei dem Vorfall zugegen waren, ersucht, ihre Adressen bei Herrn Müller abzugeben.

Der Schlächtermeister K. Richter aus Weiskensee, Schönstraße 2, ersucht uns um die Mittheilung, daß er mit der Eigenerbratungsgeschichte nicht das Geringste zu thun hatte. Herr Richter kann unter Zeugen beweisen, daß der Zigeuner Petermann sich zuerst einen Schlitten beim Fuhrherrn Koch borgten wollte, und daß er, als er dort keinen solchen erhalten konnte, erst dann zu Herrn Richter ging, und sich dort den Schlitten lieh. Er gab an, daß er den Schlitten nur für eine Stunde brauche, um Stroh zu holen. Herr Richter hat ihm arglos den Schlitten geborgt und ist schließlich selbst in Verlegenheit gerathen. Außerdem aber weist Herr Richter die Zumuthung mit Entschiedenheit zurück, daß er die Absicht gehabt habe, die Schweine zu kaufen. Er begreift nicht, wie man dem Petermann eine solche Angabe ohne weiteres glauben kann. Herr Richter hat mit dem Zigeunern überhaupt nie etwas zu thun gehabt.

Zweimal gebrannt hat es gestern Vormittag in der Kochstraße, in beiden Fällen waren Aufstauarbeiten die Veranlassung dazu. Um 9 Uhr 25 Minuten riefte die Feuerwehre nach dem Grundstück Kochstr. 7, wo im Keller aus dem Gasmesser entströmtes Gas Pachtrohr und Holzstößen in Flammen gefeht hatte. Es kam bei der Abblöschung nur ein Rohr und ein Rauchhelm zur Verwendung. Um 10¹/₂ Uhr brannten in einem Lagerkeller des Hauses Kochstr. 57 größere Mengen von Bergkohlen, die ohne Rohr durch einen mit einem Rauchhelm ausgerüsteten Feuermann durch Ausbleiben gelöscht wurden.

Die Geschichte eines Lotteriegewinns beschäftigt gegenwärtig das Amtsgericht I in der Jüdenstraße. Vor etwa acht Wochen kaufte ein in der Fruchtstraße wohnender Arbeiter B. bei einem Zigarettenhändler in der Großen Frankfurter Straße zwei Zigaretten, die ihm der Verkäufer vermeintlich in Zeitungspapier einwickelte. Aus Versehen aber hatte der Zigarettenhändler die Zigaretten in ein auf dem Boden liegendes Loos der Weseler Lotterie eingewickelt, das B. später, als er eines der Zigaretten rauchte, entdeckte und für sich behielt. Er hob sich das Loos auf, und es fiel ein namhafter Gewinn auf dasselbe, den B. einlieferte und für sich behielt. Er machte aus seinem Glück kein Hehl, und so erfuhr dies auch der Zigarettenhändler, der den langjährigen Kunden aufforderte, ihm den Betrag, der auf das Loos gefallen war, auszuhändigen. B. jedoch verweigerte die Herausgabe mit der Erklärung, daß er das Einwickelpapier mit den Zigaretten gekauft habe und er für den Irrthum des Verkäufers nicht verantwortlich gemacht werden könne. Der Ausgang des anhängig gemachten Prozesses ist abzuwarten.

Ein eigenthümlicher Diebstahl beschäftigt die Kriminalpolizei. Aus einem bei dem deutschen Postamt in Konstantinopel abgegebenen, an die Deutsche Bank in Berlin gerichteten Einschreibebriefe sind mit deutschen Stempeln versehene türkische Loose entwendet worden. Die Papiere tragen die Nummern 825 781; 1046 888; 1049 187; 1049 188; 1185 548 und 1180 516.

Eine Droschke gestohlen. Dem Droschkentritzer W. wurde am Sonntag seine Droschke erster Klasse Nr. 1860 sammt Pferd gestohlen. Während W. das Gepäck eines Fahrgastes in Weiskensee in das Haus trug, wurde ihm Hof und Wagen entführt und sind bisher noch nicht wiedergefunden worden.

Ein erschütterndes Ereigniß hat sich vorgestern in der Nähe von Potsdam zugetragen. Der 16jährige Sohn des Gutsbesizers P. Ohnwaldt, hat sich von seinem kleineren Bruder erschossen lassen. Auf seinem Stuhle sitzend, richtete er die Wän-

dung eines Gewehres nach seinem Herzen und ließ den sechs-jährigen Bruder das Gewehr abbürden. Er war auf der Stelle todt. Elterliche nur zu gerechtfertigte Ermahnungen haben anscheinend den entscheidenden Entschluß in ihm zur Reife gebracht.

Marktpreise in Berlin am 9. Januar, nach Ermittlungen des Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Kg. guter von 15,80—16,80 M., mittlerer von 15,20—14,80 M., geringere von 14,70—14,20 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,90—13,80 M., mittlerer von 13,20—13,00 M., geringere von 12,90—12,60 M. Gerste per 100 Kg. gute von 16,80—15,80 M., mittlere von 15,70—14,80 M., geringe von 14,70—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,80—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,80 M., geringer von 14,20—13,50 M. Stroh, Riedl, per 100 Kg. von 4,70—4,00 M. Heu per 100 Kilog. von 8,00—5,80 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 50,00 bis 80,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,10 M. Bauschlach per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 7,00—5,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,00 M. Kalle von 2,80—1,20 M. Zander von 2,40—1,00 M. Seehle von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,80—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Bleie von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 9,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 9. d. Mts. Mittags wurde ein Schlächtermeister vor dem Hause Brunnstr. 90 während der Fahrt in einem Pferdebahnwagen benutzlos und mußte nach der Charitee gebracht werden. Seiner eigenen Angabe nach hatte er sich zu vergiften versucht. — Vor dem Hause Grenadierstr. 5 fiel Nachmittags ein Konditor infolge der Blässe zur Erde und erlitt einen Bruch des Knöchelgelenks, so daß seine Ueberführung nach dem Krankenhause am Friedrichshain erforderlich wurde. — Im Hause Kottbuserstraße 15 fiel ein Maurer von der unbesicherten Treppe und erlitt außer einer Verletzung am Kopfe ansehnliche auch innere Verletzungen. Er wurde nach dem Krankenhause Moabit gebracht. — Im Laufe des Tages und am darauffolgenden Morgen fanden zehn Brände statt.

Theater.

Im Thomas-Theater versetzte uns gestern Signora Arcioia Grigolati in der phantastischen Pantomime „Das Märchen der blauen Grotte“ in das sonnige Italien. Nach der auf Capri umgebenen Lage vom Raub der schönen Fischerin Floretta durch Azur, den Beherrscher der blauen Grotte, ist für Frau Grigolati die Pantomime eigens geschrieben worden. Und mit unbeschreiblicher Grazie führt sie uns im Flug und Tanz das ganze Bild vor — es ist eine angenehme Stunde, die man der Betrachtung von so viel Anmuth widmet.

Ein Schwan von Dr. Duge, „Othellos Erfolg“, und eine Szene aus den österreichischen Alpen, „Das Versprechen hinterm Herd“, von Alexander Baumann, gingen dem Märchen voran, und wurden, trotz ihres geringen Inhalts, sehr flott und gut gespielt.

Gerichts-Beitung.

Der Tuchmacher Hermann Paul Petersdorf aus Weiskensee, 1864 in Kottbus geboren, welcher sich in Versammlungen gerne als Anarchist ausgiebt, hatte sich am Dienstag vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II wegen der Aufzuehrung einer Menschenmenge zum Verbrechen des Meineides zu verantworten. Der Angeklagte wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt, wo er sich befindet, weil er beim Landgericht II wegen Aufzuehrung verschiedener Gesellschaften angeklagt ist. In dem vorliegenden Falle handelte es sich um eine Volksversammlung der unabhängigen Sozialisten, welche am 8. September in dem Weinweiden Lokale in Neu-Weiskensee stattfand und in welcher die Stellung der Sozialdemokraten und Sozialisten zur Frage des politischen Meineides erörtert wurde. Der Angeklagte führte den Vorsitz. Nachdem der Referent den bekannten Ausspruch eines Hamburger Staatsanwaltes über den Eid der Sozialdemokraten und einen darauf bezüglichen Artikel aus dem „Vorwärts“, in welchem der bekannte Standpunkt des „Sozialist“ in der Eidesfrage als Lotterbüden- und Schinderhannes-Moral bezeichnet wurde, besprochen hatte, ergriff der Angeklagte in der Diskussion das Wort und soll nach der Aussage zweier Genossen, welche die Versammlung überwachten und schließlich aufstiegen, zu wiederholten Malen erklärt haben, daß jeder zielbewusste Sozialist einen Meineid schwören könne und müsse, wenn es sich um das Interesse der Partei oder darum handelte, einen Genossen vor Strafe zu schützen. Der Eid sei nichts weiter als eine Einrichtung des Staates, welcher jeder zielbewusste Sozialist mit allen Kräften entgegen arbeiten müsse. Die Richtigkeit dieser Darstellung bestritt der Angeklagte, er habe nur die Theorie erörtert, welche sich aus den bestehenden Verhältnissen ergebe. Der Eid sei eine von den staatlichen Einrichtungen, welche der zielbewusste und auf-gelärnte Sozialist dagegen verwerfe, welche sich aus dem Meineid leisten, als die Partei verrathen oder einen Genossen in das Unglück stürzen. Daß es noch ein Drittes gieb, nämlich die Aussage zu verweigern, was für den Eidverweigerer allerdings das Opfer einer mehr oder minder langen Gefängnisstrafe im Gefolge haben kann, das scheint der arme Petersdorf nicht zu wissen. Der Staatsanwalt hielt die Theorie des Angeklagten für eine verwerfliche. Geste schon im gewöhnlichen Leben der Grundfah: „Ein Mann, ein Wort!“ so müsse man noch mehr unter dem Eide die reine Wahrheit sagen. Wer eine Anschauung vertritt, wie der Angeklagte, sei kein ehrenhafter Mann, derselbe verrathe eine unehrdhafte Gesinnung. Der Angeklagte habe getadezu trivol gehandelt, deshalb beantrage er sechs Monate Gefängnis. Obwohl der Verteidiger, Rechtsanwalt Wefchner, in der theoretischen Erörterung nicht die „Aufforderung“ im gesetzlichen Sinne erkliren zu können meinte, erkannte der Gerichtshof aus den Motiven des Staatsanwalts heraus auf die beantragten sechs Monate.

In mehr als achtstündiger Sitzung hatte sich das Schwurgericht am Landgericht I mit zwei Angeklagten zu beschäftigen, welche ursprünglich nur wegen Betruges angeklagt waren, von der Strafkammer aber vor das Schwurgericht verwiesen worden sind, da als Veranlassung zu dem Verdachte vorlag, daß sie auch eine schwere Urkundenfälschung begangen. Angeklagt waren der Kaufmann Walter Lomnig und die Kellerin Vertha Hauenstein. Letztere ist die Heldin eines ganz eigenartigen Erbschaftswinkels. Als sie im Jahre 1891 großjährig wurde, setzte ihr ihr Vormund Rechnung und sie erhielt im Ganzen 373,22 M. mütterliches Vermögen ausgezahlt und dechargirte den Vormund bzw. Pfleger. Auf

Grund ihrer Korrespondenzen mit dem Vormunde und mit dem Amtsgericht ihres Heimathortes Wilhelmshaven hat sie nun die Klage um sich zu verbreiten gewußt, daß sie noch ein bedeutendes Muttererbe zu erwarten habe und die Schuldenquote über 373,22 M. nur eine Quittung über fällige Zinsen sei. In dem Restaurant, in welchem sie als Kellerin thätig war, kam sie denn auch bald in den Geruch der „reichen Erbin“ und sie wußte durch ihr Verhalten dazu beitragen, daß man die Wundermär für wahr hielt. Der Angeklagte L. hielt die Gelassenheit für günstig, um mit der reichen Erbin ein Verhältniß anzufangen. Er versichert, daß ihm die Hauenstein über die Größe ihres Erbtheils zuerst nur unbestimmte Angaben gemacht habe, schließlich aber mit der erfreulichen Nachricht hervorgetreten sei, daß es 56 000 M. seien. Wie die Klage behauptet, haben beide Angeklagte nach gemeinschaftlichem Plane, wie dagegen Lomnig versichert, habe er, unbewußt und selbst gestützt durch die Mitangeklagte, diese in den Wollen schwebende Erbschaft zu schwindelhaften Unternehmungen ausgebeutet. Ein Kaufmann R. in der Mängstraße pflegt in den Blättern zu inseriren, daß er Erbschaftsansprüche aufkaufe und an diesen mannte sich das Pärchen mit dem Ansinnen, auf die „ganz sichere Erbschaft“ der Hauenstein einen Betrag von 10 000 M. zu gewähren. Herr R. erklärte es für seine Pflicht, sich zunächst beim Gericht zu erkundigen und es machte einen entschieden günstigen Eindruck auf ihn, daß die Angeklagten ihn selbst darum baten und sich bereit erklärten, sofort mit ihm nach dem Vormundschaftsgericht zu gehen. Dies geschah denn auch. Die zweite Angeklagte wußte, daß dort allerdings Vormundschaftsaktien für sie lagerten, aus denen sie allerdings keinerlei Gelder zu erwarten hatte und sie wußte es so einzurichten, daß der Käufer der Erbschaft an jenem Tage „wegen Geschäftsüberhäufung“ des betreffenden Vormundschaftsaktien kam, als sich die Aktenzen der betreffenden Vormundschaftsaktien zu notiren. Fräul. Hauenstein überließ dann Herrn R. geradezu, um nur die Vollziehung des Geschäfts möglichst zu beschleunigen, Herr R. aber als vorsichtiger Mann hielt es für gerathen, unter der Hand bei dem Vater der Angeklagten in Wilhelmshaven nach dem realen Untergrunde der Erbschaft anzufragen. Er erhielt die Antwort, daß die Tochter auf dem besten Wege sei, eine Schwindlerin zu werden, da von einer solchen Erbschaft gar keine Rede sei. Als der Angeklagte dieser Bescheid vorgehalten wurde, gerieth sie ganz außer sich und erklärte, daß man in der Wahl seiner Väter nicht vorsichtig genug sein könne. Sie behauptete, daß ihr Vater diesen negativen Bescheid nur ertheilt habe, weil er ihr Verhältniß mit dem Angeklagten Lomnig aus-einander bringen wolle, und hat Herrn R., sich doch selbst noch einmal auf dem Gerichte zu erkundigen. Als auch diese Nachfrage ein absolut negatives Ergebnis hatte, war es für Herrn R. klar, daß er nur das Opfer eines Betruges hatte werden sollen, und er suchte nun das Pärchen, um es verhaften zu lassen, in sein Komtoir zu locken. Er schrieb deshalb einen Brief, hat darin um den Besich der Angeklagten und erklärte sich schreibbar „bereit, nach Prüfung der Sachlage 1000 M. Vorschuss auf die Erbschaft zu geben.“ Die Angeklagten hüteten sich sehr wohl, zu Herrn R. zu gehen, sein Schreiben benutzten sie aber, wie die Klage behauptet, als beste Handhabe zu anderen Schwindelzügen. Was konnte es auch besseres für sie geben, als dieses schriftliche Zugeständniß eines gewissen Geldmannes, daß er die Sachlage geprüft und so reell befunden habe, daß er zur Zahlung von 1000 M. bereit sei. Die Angeklagten sollen aber nicht nur mit diesem Brief erfolgreich operirt haben um sich von verschiedenen Personen Geld zu erschwindeln, sondern sie sollen auch ein mit einem Gerichtsstempel versehenes Schreiben des I. Landgerichts vorgefunden haben, in welchem das Vorhandensein der Erbschaft bestätigt wurde. Lomnig, welcher mit großem Nachdruck dabei verbleibt, daß er selbst ein Opfer des von der Hauenstein gesponnenen Lügengewebes geworden sei, hat zugegeben, daß er selbst den Text zu dem gerichtlichen Anekenntniß der Erbschaft geschrieben habe. Er will das gethan haben, um schließlich selbst einmal zur Klarheit zu kommen. Mit diesem Text habe er die Mitangeklagte auf Gericht geführt und diese habe das Papier, mit dem Gerichtsstempel versehen, wieder herunter gebracht. Zu dem Gerichtsstempel will die Angeklagte auf ganz sonderbare Art gekommen sein. Sie behauptet, daß sie, als sie einige Zeit vor dem Botenzimmer im Gerichtsgebäude auf und abgegangen sei, ein Gerichtsbote sich nach ihrem Begehren erkundigt habe. Als sie demselben gesagt, daß sie auf eine einen Termin wahrnehmende Freundin warte, habe sie der Gerichtsbote aufgefordert, doch im Botenzimmer Platz zu nehmen. Dies habe sie gethan und als der Bote, welcher Briefe mit dem Gerichtsstempel verpackt, sich auf kurze Zeit entfernt gehabt, habe sie die Gelegenheit benutzt und in aller Schleunigkeit den Stempel unter ihr Papier gedrückt. Das Schriftstück ist nicht mehr vorhanden. Der Angeklagte Lomnig behauptet, daß er es aus Muth zerrissen habe, als ihm am Ende aller Enden die Ueberzeugung geworden war, daß die ganze Erbschaftsgeschichte auf Zug und Trug beruht. Nach dieser Erklärung ist ihm hier der Boden zu heiß geworden. Er war gerade im Begriff, von Bremen aus per Schiff ins Ausland zu gehen, als er auf Grund telegraphischer Requisition festgenommen wurde. — Nach eingehender Zeugenvernehmung beantragte Staatsanwalt Dr. Benedig das Schuldig gegen beide Angeklagte, welche nach seiner Ansicht gemeinsam einen schlaun erkundeten Plan durchgeführt haben, aber nur der versuchte schweren Urkundenfälschung schuldig zu erachten seien. — Rechtsanwält Thura u als Verteidiger des Angeklagten Lomnig beantragte dagegen aus tatsächlichen und juristischen Gründen die Freisprechung seines Klienten. Er suchte nachzuweisen, daß dieser selbst der Betrüger gewesen sei, selbst ein an das Vorhandensein der Erbschaft geglaubt und eine betrügerische Absicht nicht gehabt habe. Der schweren Urkundenfälschung habe sich sein Klient auch nicht schuldig gemacht, da er selbst die Ueberzeugung von der Echtheit des gerichtlichen Stempels gehabt habe. — Justizrath Teichert brachte für die Angeklagte Hauenstein, welche im Wesentlichen geständig war, mildernde Gesichtspunkte zum Vortrag.

Die Geschworenen verneinten sämmtliche Schuldfragen in betref des Angeklagten Lomnig und sprachen die Angeklagte Hauenstein nur schuldig in einem Falle des versuchten Betruges unter Jubilation von mildernden Umständen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen die letztere 2 Jahre Gefängniß, gegen Lomnig Freisprechung.

Das Urtheil lautete auf 6 Monate Gefängniß.

Soziale Uebersicht.

An die Parteigenossinnen.

Durch die wirtschaftlichen Krisen, die den ökonomischen Entwicklungs-gang kennzeichnen, wird das Proletariat mit zwin-gender Macht dazu gedrängt, den Mißverhältnissen im heutigen Klassenstaat eingehende Beachtung zuzuwenden. Nicht aber die Männer allein sind hierzu befugt, sondern auch das weibliche Proletariat ist an den Vorgängen im öffentlichen Leben in jeder Beziehung interessiert und hat die Pflicht, seine Meinung zu den Tagesfragen energisch zur Geltung zu bringen. Um dies mit Nachdruck zu können, ist es aber erforderlich, sich über die poli-tischen und sozialen Fragen nach besten Kräften zu unterrichten und die gewonnene Aufklärung in immer weitere Kreise hin-einzutragen. Zu diesem Besufe ist die Berliner Frauen-Agitationskommission bemüht, den proletarischen Gedanken vor allem durch Versammlungen zu pflegen. Derartige Ver-sammlungen sind auch für die nächste Zeit einberufen worden, und zwar wird die den Genossinnen als Redakteurin der „Gleich-heit“ wohlbekannte Frau Klara Zetkin in denselben das

Referat übernehmen. In der ersten dieser Versammlungen, die am Donnerstag, den 19. Januar, bei Schultheis (Gästler),...

Die Frauen-Agitationskommission. Alle Briefe und Schriften für die Kommission sind zu senden an die Adressen: Frau Engels, Kopenstraße 41 und Frau Marie Greifenberg, Gräfestr. 9.

Aufruf an die Bureaugenossen Berlins! Kollegen! Jedem von Euch dürfte bekannt sein, in welcher Lage wir, die wir uns etwas Besseres zu sein denken, als andere gewöhnliche Arbeiter, im Grunde eigentlich zu leben gezwungen sind...

Krankentafelwesen. Auf Grund des § 75a des Krankenversicherungs-Gesetzes ist der Allgemeinen Kassen der Arbeiter-Krankenkasse (C. H.) in Ostberlin, der Kranken-Unterstützungskasse „Germania“ (C. H.) zu Thonhausen, Altenburgischen Anteils, der Krankenkasse „Portifikultur“ (C. H.) in Hamburg...

Zur Arbeitslosenfrage. Die Stadtverordneten 15er-Lohns haben auf Antrag der Polizeiverwaltung und des Magistrats beschlossen, zur Linderung der Arbeitslosigkeit die Freilegung und Kanalisierung einiger Straßen vorzunehmen...

Ein löbliches Urtheil fällten Wiener Richter gegen einen Arbeitslosen. Der Hilfsarbeiter Gablenz, der in einer Versammlung der Arbeitslosen, sein und seiner Familie Elend schildern, gesagt hatte, daß kein Richter jemand verurtheilen könnte, der vom Arbeitslosen hoffnungslos heimkehrend das Auslogelfenster eines Fleischerladens zertrümmern und zur Stillung seines Hungers eine Wurst stehlen würde...

Ein annähernd zutreffendes Bild der in München herrschenden Arbeitslosigkeit dürfte die Thatsache liefern, daß, wie die Münchener Post berichtet, die Zahl der Mitglieder der Ortskrankenkasse VIII von sonst durchschnittlich 10-12000 auf circa 7000 herabgegangen ist...

durch Umfrage in den verschiedenen Stadttheilen die Zahl der Arbeitslosen festzustellen. Wir halten diese der Natur der Sache nach immerhin nur flüchtige Art der Erhebung der Größe des Uebels gegenüber für ungenügend, trotzdem aber sind wir der festen Ueberzeugung, daß auch das so gewonnene Resultat einen Beweis von dem geradezu erschreckenden Umfang der in Bremen herrschenden Arbeitslosigkeit ergeben wird.

Versammlungen

Die Arbeiter-Bildungsschule (Süd) hielt am Sonntag eine Versammlung ab, in welcher Genosse Vogt Herr einen fesselnden Vortrag über „Schlesien, Land und Leute“ hielt. Der Redner wies in seinem Referat auf den Druck hin, unter welchem vor allem die ländliche Bevölkerung in Schlesien heute noch leidet...

In der Versammlung der Freien Vereinigung der Kaufleute, die am 5. Januar tagte, hielt Genosse Röber einen Vortrag über die Pariser Kommune, der von den Anwesenden mit großem Interesse entgegen genommen wurde. Nachdem noch eine lebhafte Debatte über die Stellung der Handlungsgehilfen zur Orts-Krankenkasse stattgefunden hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für die Kreise Wittenberg, Schramm, Sorgau und Eisenberg. Versammlung heute Abend 8 1/2 Uhr bei Schumann, Neue Str. 14.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8-10 Uhr: Süd-Schule, Fögelsbergstr. 43: Unterricht in Geschichte (alte); Süd-Ost-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Deutsch (obere, hohe), Rechnen (untere). Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittl. und untl.), Mathematik und mathematische Geographie.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8-10 Uhr: Süd-Schule, Fögelsbergstr. 43: Unterricht in Geschichte (alte); Süd-Ost-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Deutsch (obere, hohe), Rechnen (untere). Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittl. und untl.), Mathematik und mathematische Geographie.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8-10 Uhr: Süd-Schule, Fögelsbergstr. 43: Unterricht in Geschichte (alte); Süd-Ost-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Deutsch (obere, hohe), Rechnen (untere). Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittl. und untl.), Mathematik und mathematische Geographie.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8-10 Uhr: Süd-Schule, Fögelsbergstr. 43: Unterricht in Geschichte (alte); Süd-Ost-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Deutsch (obere, hohe), Rechnen (untere). Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittl. und untl.), Mathematik und mathematische Geographie.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8-10 Uhr: Süd-Schule, Fögelsbergstr. 43: Unterricht in Geschichte (alte); Süd-Ost-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Deutsch (obere, hohe), Rechnen (untere). Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittl. und untl.), Mathematik und mathematische Geographie.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8-10 Uhr: Süd-Schule, Fögelsbergstr. 43: Unterricht in Geschichte (alte); Süd-Ost-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Deutsch (obere, hohe), Rechnen (untere). Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittl. und untl.), Mathematik und mathematische Geographie.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8-10 Uhr: Süd-Schule, Fögelsbergstr. 43: Unterricht in Geschichte (alte); Süd-Ost-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Deutsch (obere, hohe), Rechnen (untere). Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittl. und untl.), Mathematik und mathematische Geographie.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8-10 Uhr: Süd-Schule, Fögelsbergstr. 43: Unterricht in Geschichte (alte); Süd-Ost-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Deutsch (obere, hohe), Rechnen (untere). Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittl. und untl.), Mathematik und mathematische Geographie.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8-10 Uhr: Süd-Schule, Fögelsbergstr. 43: Unterricht in Geschichte (alte); Süd-Ost-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Deutsch (obere, hohe), Rechnen (untere). Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittl. und untl.), Mathematik und mathematische Geographie.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8-10 Uhr: Süd-Schule, Fögelsbergstr. 43: Unterricht in Geschichte (alte); Süd-Ost-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Deutsch (obere, hohe), Rechnen (untere). Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittl. und untl.), Mathematik und mathematische Geographie.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8-10 Uhr: Süd-Schule, Fögelsbergstr. 43: Unterricht in Geschichte (alte); Süd-Ost-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Deutsch (obere, hohe), Rechnen (untere). Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittl. und untl.), Mathematik und mathematische Geographie.

Sprechsaal

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Substitut zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wendet sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

Aufforderung!

Hiermit fordere ich alle, welche noch Vorschlag für die Agitationskommission der gewerblichen Hilfsarbeiter vor mir in Händen haben, dringend dazu auf, so schnell wie möglich abzurechnen. Im Falle dieser Aufforderung nicht stattgegeben wird, werde ich an dieser Stelle die Namen der Betreffenden veröffentlichen müssen, da ich selber zum Abrechnen gedrängt werde.

Mag. Raire, Berlin, Antonstr. 3, 1 Tr.

Depeschen

Dresden, 10. Januar. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Die Aufnahme von den Dresdener Arbeitern geplanten Arbeitslosen-Statistik wurde dem hierzu ernannten Komitee polizeilich verboten. (Man ist aus Sachsen mancherlei Befremdliches gewöhnt. Daß aber dort sogar eine Arbeitslosen-Statistik vor polizeilichen Verbote nicht sicher ist, übersteigt unsere künftigen Vermuthungen immerhin um ein Erstaunliches. Wahrscheinlich ist die Zahl der subjektlosen Proletarier in der Stadt der Pensionäre so groß, daß man sich scheut, sie ziffernmäßig auch nur annähernd festzustellen zu sehen. Red. d. „Vorwärts“.)

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Böhm, 10. Januar. Eine rege Agitation für den Streik wird hier entfaltet. Das Streikkomitee läßt zwei Extrablätter verbreiten. Am Donnerstag soll in hiesigen Schützenhof wiederum eine Hauptversammlung der Streikenden stattfinden.

Böhm, 10. Jan. In dem hiesigen Revier sind bei der heutigen Nachmittags-Schicht wiederum alle Bergarbeiter angefahren. Die Vertheilung des hiesigen Reviers an dem Ausstand erscheint trotz der gestern durch Flugblätter betriebenen Agitation ausgeschlossen.

Essen a. N., 10. Januar. In den Ausstand sind nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ heute Nachmittag neu eingetreten die Belegschaft der Zeche „Amalie“ der Harpener Bergbau-Gesellschaft ganz, die Belegschaft der Zeche „Monte Cenis“ und „Lothringen“ theilweise.

Welfenkirchen, 10. Jan. Die die „Welfenkirchner Zeitung“ meldet, ist das Zentral-Streikkomitee heute noch nicht gewählt worden. Der Verkauf von Revolvern wurde polizeilich verboten. In den heute zu Dortmund und Essen stattgefundenen Versammlungen wurde beschlossen, morgen den Ausstand zu beginnen.

Paris, 10. Januar. Die Umgebung des Palais Bourbon war um 2 Uhr Nachmittags vollkommen ruhig, nirgends zeigten sich Manifestanten.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Breslau, 10. Januar. In einem Telegramm an die „Breslauer Morgenzeitung“ halten Hauptmann Miller und Lunge die Echtheit der Welfenquittungen aufrecht. Die Sache sei einem schweizerischen Parlamentarier übergeben.

Essen a. N., 10. Januar. Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung in Essen beschloß, die Kameraden im Ruhr- und Saar-gebiet morgen im Ausstand zu unterstützen. Die Zeche „Christian Levin“ ist heute theilweise in den Streik eingetreten. Bis heute Abend streikten auf 8 Zechen insgesammt ca. 5500 Bergleute.

St. Ingbert, 10. Januar. Die Arbeiter der hiesigen Pulverfabrik streiken wegen verweigerter Lohnerböhung.

Ludwigshafen, 10. Januar. Die hiesige Waggonfabrik kündigte einer Anzahl ihrer Arbeiter wegen Mangel an Arbeit. Paris, 10. Januar. Nach einer stürmischen Sitzung, in welcher es zu heftigen Differenzen zwischen Freycinet, Loubet und Ribot kam, demissionirte das gesammte Kabinet, nachdem vorher General Sauffier umfassende Vollmachten zur Aufrechterhaltung der Ordnung erhalten hatte. Carnot nahm die Demission an, weil Freycinet durch Walbaults Erklärungen sehr kompromittirt sei, ebenso Loubet. Ribot wurde die Neubildung des Kabinetts übertragen. Die Lage ist überaus schwierig und verzerrt. Gerüchte kursiren, nach welchen Carnot entschlossen wäre, seinerseits zu demissioniren, wenn nicht ein neues Kabinet sofort gebildet oder die Kammerlösung neuer Zwischenfälle herbeiführen würde.

Briefkasten der Redaktion.

- A. Feiste. Sprechen Sie Mittags zwischen 12 und 1 Uhr in der Redaktion vor.
- W. Wost. W. Scholz. Ihre Einfindung kann in dieser Form nicht aufgenommen werden.
- A. L. Queblinburg. Berlin SW., Poststr. 69, p.
- C. A., Wienerstr. 32. Die von Ihnen erwähnte Zuschuß-Krankenkasse ist uns überhaupt unbekannt.
- Genosse aus S. C. Können Sie uns die in Rede stehende Person nicht nach ihrem Aussehen schildern? Wir würden Ihnen dann genaueren Bescheid können.
- Alter Abonnent, Schwab. Die Stadt hat die Kosten der Feuerwehr zu tragen, die Verwaltung steht jedoch unter dem Polizeipräsidenten.
- E. T., Lüneburgerstr. Wenn Sie für die von Ihnen geschilderten Thatsachen keine Zeugen haben, bedauern wir, der Sache nicht näher treten zu können.
- C. S. 1234 E. Das Blatt heißt: „Bruder Schmie“ und erscheint in Hamburg, Brüderstr. 10.
- Mehrere Parteigenossen J. A. C. 152. Dissident.
- M. 1000. Einen Vers nennt man gewöhnlich eine Zeile einer Strophe, während eine Strophe durch eine Anzahl von Versen gebildet wird.
- Polisadenstr. 55. Tanne, Fichte und Kiefer sind drei verschiedene Arten von Nadelholz. Im Briefkasten können wir Ihnen die Unterschiede nicht auseinandersehen, auf unserer Redaktion steht Ihnen ein botanisches Werk zur Verfügung.

Dr. Thompson's Seifenpulver
ist das beste
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.
3510 L

Zahnarzt Rob. Wolf, Brunnsstr. 4 (Rosenthal Th.). Künstl. Zähne v. 2 M. an. Plomb. v. 1,50 M. an. Schmerzl. Zahng. u. Reinig. d. Zähne 1 M. Sprechst. 8-7

J. Semmel, pratt. Zahnarzt, Dreanienstr. 55 (Mörichplatz)
Sprechst. 8-1, 3-5. Poliklinik f. Unbemitt. 1-3, 5-8. Künstl. Zähne 2 M.

Großer Ausverkauf
von **Hilz- u. Leder-Schuhwaaren**
zu noch nie dagewesenen Preisen wegen Auflösung meines Gesch. Alte Schönhäuserstr. 50, Ecke Schöndelgasse, und Friedrichstr. 240. Wiederverk. hohen Rabatt. Auf Hausnummer achten.

Junger Mann sucht saubere Schlafstelle im Centrum. Off. mit Preisang. unter S. 224 Postamt Weuthstraße.
Fabrikraum 3. verm. Gütchinerstr. 64.

Jeden Mittwoch 678b
Frische Grühwurst
C. Laeske, Schlächtermeister,
Oranienstraße 2a.

Meyer's
Lexikon, Brochhaus u.
Bücher jeder Art laut
Bannmann, Kochstr. 56.

Gerichtspr. 34
sind verschiedene kleine u. einige größere Wohnungen, letztere für Schneider passend, ebenso einige Bäder sehr preiswerth zu vermieten. Näheres beim Verwalter daselbst. 836b

Auch der alte Vater Plotz, Invalidenstraße 124, empfiehlt den Genossen sein Fabrikat von **Cigarren, Rauch-, Bau- u. Schnupftabaken**. Rauchrequisiten in großer Auswahl. Bei Entnahme von 100 Cigarren 10 pCt. Rabatt.

Schriftsetzer, guter Parteigenosse, im Fach sehr bewandert, sowie in redaktioneller Arbeit geübt, sucht, da er infolge von Maßregelung schon seit längerer Zeit arbeitslos ist, Stellung. Selbiger würde auch die Stelle eines zeichnenden Redakteurs mit übernehmen. Gest. Off. an A. W. in Dentschel, Seringswalde in Sachsen. 8541 E.

Auf Knaben-Stoffen
finden geübte Arbeiterinnen lohnende Arbeit bei
477/
G. Michaelis, Chauffeestr. 123,